

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Werttäglich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 19631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 20 R.-Pfg., für einen Monat R.-M. 1.70, aus-
schließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen,
die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder
Streits haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen 20 R.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 R.-Pfg., ständige Anzeigen
R.-M. 1.—, auswärtige Anzeigen R.-M. 1.50 für die einseitige Anzeigensfläche oder deren Raum.
— Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr nachmittags. Gedruckte Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage eingegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Raasaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 206.

Samstag, 30. Juli 1932.

80. Jahrgang.

Vor der Entscheidung.

Die letzten Wahlreden. — Ein Appell des Kanzlers. — Burgfrieden bis zum 10. August.

Ruhe und Ordnung gesichert.

as. Berlin, 30. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Noch einmal appellieren heute die Par-
teien an die Wähler, noch einmal werden eine Un-
menge von Flugblättern in Straßen und Häusern ver-
teilt und noch einmal verkünden in den Wahlversam-
mlungen die Redner die Programme ihrer Parteien.
Dann hat morgen der Wähler selbst die Entscheidung zu
treffen. Noch einmal wird auch der Rundfunk heute in
den Dienst der Wahlpropaganda gestellt, wobei die
Sozialdemokraten als bisher größte Partei das letzte
Wort haben. Allerdings ist es nicht das letzte Wort
überhaupt, denn nach ihrem Redner

wird heute abend der Reichskanzler im Rundfunk
sprechen und auf die Bedeutung der Wahl, auf den
Wert des Wahlrechtes und die damit verbundene
Wahlpflicht hinweisen.

Der Reichskanzler wird bei dieser Rede zugleich noch
eine Art Regierungsprogramm entwickeln, um den
Wählern klar zu machen, welche Aufgabe die Regierung
zu lösen haben wird. Dabei dürfte er auch in großen
Zügen auf das Wirtschaftsprogramm der Re-
gierung eingehen. In der Nacht zum Samstag hat der
Kanzler in einer Rundfunkansprache, die für Amerika
bestimmt war, versucht, den Amerikanern die innen-
politischen Maßnahmen in Deutschland klar zu machen
mit dem Hinweis darauf,

daß infolge der zunehmenden Spannungen zwi-
schen den Anhängern der äußersten Rechten und
der äußersten Linken über Deutschland die Gefahr
eines Bürgerkrieges geschweht habe.

Darüber hinaus hat dann der Kanzler aber auch ver-
sucht die außenpolitischen Forderungen Deutschlands den
Amerikanern näher zu bringen.

Wie der Wähler nun auf all die zahlreichen Reden
und auf die Hochflut von gedrucktem Papier reagiert
wird, ist nicht ohne weiteres zu sagen. Im allgemeinen
rechnet man damit, daß das Zentrum nicht schlecht ab-

schneidet. Auch glaubt man, daß den Sozialdemokraten
die Oppositionsstellung gut bekommt. Das Prophezeien
ist aber gerade bei Wahlen ein äußerst undankbares Ge-
schäft und so bleibt also nichts weiter übrig, als abzu-
warten, welches Ergebnis der 31. Juli bringen wird.
Unmittelbar nach der Wahl wird dann eine kleine Ruhe-
pause in der Innenpolitik eintreten.

Der Kanzler und einige Minister werden einen
kurzen Urlaub nehmen und die Parteiredner und
Agitatoren werden zwangsweise beurlaubt durch
die Verordnung des Reichspräsidenten, die vom
31. Juli bis 10. August einen Burgfrieden bringt

und alle politischen Versammlungen ausnahmslos ver-
bietet. Man muß diese Maßnahme durchaus begrüßen,
zumal sie auch der Polizei, die in der letzten Zeit eine
überaus reiche Arbeit hatte, eine Ruhepause schafft. Die
Parteilieferanten müssen die Zeit benutzen, um abseits der
Agitation mit Ruhe zu überlegen, welche Schlüsse aus
dem Wahlergebnis des 31. Juli zu ziehen sind.

Für ängstliche Gemüter sei schließlich noch darauf
hingewiesen,

daß Ruhe und Ordnung, auch am Wahlsonntag,
unter allen Umständen gesichert werden.

Wieder sind, wie bei früheren Wahlen, Gerüchte über
eine Zusammenziehung der nationalsozialistischen Sturm-
abteilungen verbreitet. Tatsächlich werden auch offen-
bar gewisse Umgruppierungen bei den SA-Abteilungen
vorgenommen, doch hat auch diese Maßnahme nichts
außerordentliches an sich, da sie nach den Erfahrungen
der letzten Wahlen ebenfalls zu den Wahlergebnissen
gehört. Es ist nicht zu befürchten, daß von irgendeiner
Seite auch nur der Versuch gemacht wird, die Ruhe und
Ordnung zu stören. Auf jeden Fall aber hat der
kommissarische preussische Innenminister Dr. Braht
nochmals erklären lassen, daß für einen ruhigen Verlauf
der Wahl und eine einwandfreie Feststellung des Wahl-
ergebnisses, wie überhaupt für die Erhaltung der Ruhe
und Ordnung, auch nach den Wahlen, alle Vorkehrungen
getroffen sind.

Blick in die Welt.

Die östlichen Nichtangriffspakte.

Man hat sich in Paris stark verstimmt gezeigt und es
der polnischen Regierung auch zu verstehen gegeben, daß
sie bei dem beschleunigten Abschluß des Nichtangriffspak-
tes mit Rußland allzu selbständig gehandelt habe.
Frankreich möchte offenbar nicht, daß seine östlichen Tra-
banten bedeutungsvolle politische Entscheidungen ohne
seine tätige Mitwirkung vollziehen. Es ist insbesondere
besorgt, daß diese polnisch-russische Vereinbarung den
Kurs der polnischen Politik stärker östlich orientieren
und an die Richtung der russischen Politik annähern
könnte, als das den französischen Plänen erwünscht ist.
Die Kommentare der polnischen Presse betonen aller-
dings in erster Linie die Bedeutung, die der Pakt für
Polen durch die Sicherung seiner Westgrenze, also gegen
Deutschland, habe, aber das ist ja nur eine Seite der
Abmachungen. Man beobachtet in Paris die Entwik-
lung der russischen Politik ebenso wie die Strömungen
in Deutschland genau genug, um zu wissen, daß ein Ab-
kommen dieser Art mehr bedeutet als lediglich eine Maß-
nahme gegenüber einer imaginären deutschen Bedro-
hung. Von einer solchen war nie die Rede und wird nach
dem Beitritt Deutschlands zu dem Lausanner Konsul-
tationsabkommen erst recht nicht die Rede sein, wohl aber
wird das System der Nichtangriffspakte im Osten, das
auf absehbare Zeit nach der militärischen Seite hin ledig-
lich platonische Bedeutung hat, umso eher zwischen
seinen Partnern politische Fäden spinnen, über die
Frankreich die Kontrolle nicht aus der Hand verlieren
möchte. Man kann deshalb auch vermuten, daß die Miß-
stimmung und Enttäuschung, die in der rumänischen
Öffentlichkeit zur Schau getragen wird, von Paris her
genährt wird. Man hat erfahren müssen, daß die ru-
mänischen Annäherungsversuche an Rußland, so wie sie
von Frankreich aus angebahnt wurden, nicht zu dem
gewünschten Ziele geführt haben, und daß die rumänische
Politik auch eine Abkühlung des Verhältnisses zu Polen
nach sich zog. Wenn sich die rumänischen Staatsmänner
diese Entwicklung nüchtern überlegen, werden sie sich
selber zugeben müssen, daß sie in falscher Richtung
operiert haben, und besser getan hätten, ihre Interessen
an der Entwicklung in Osteuropa nicht auf dem Umwege
über Paris, sondern auf nähergelegenen und aussichts-
reicheren Wegen zu verfolgen. Die nächste Zukunft wird
lehren, ob die Führer der rumänischen Politik gewillt
und imstande sind, aus solchen Erkenntnissen positive
Schlüsse und Entschlüsse abzuleiten.

Die „Ablösung der Wache“.

Der Beamtensturm in Italien geht weiter. Er hat
nun auch auf nachgeordnete Dienststellen übergegriffen
mit der Abberufung und teilweisen Ersetzung einer
großen Anzahl von Präfekten. Mussolini befehlt
mehr und mehr alle maßgebenden Stellen der Verwal-
tung mit Männern, die sein unbedingtes Vertrauen be-
sitzen. Daneben bleibt er bemüht, nach außen hin diese
Maßregel dahin zu deuten, daß sie durchaus im System
der faschistischen Regierungsmethoden liege und aus der
Erkenntnis abgeleitet sei, die er selbst mit besonderer
Betonung öffentlich ausgesprochen hat, daß nämlich der
verantwortliche Beamte nach einer gewissen Zeit unter
dem Druck seiner Arbeit und der Last seiner Verant-
wortung ermüdet und ersetzt werden müsse. Nun könnte
man sagen, daß Mussolini selbst diese Theorie kühn
strahlt, denn er begnügt sich ja nicht mit der obersten
Leitung der Regierungsgeschäfte, sondern faßt immer
mehr in seiner Hand zusammen, belästigt sich mit
einer immer größeren Verantwortung, und niemand
wird sagen können, daß seine Spannkraft und seine
Aktivität irgendwie nachließen. Man wird im Gegen-
teil in absehbarer Zeit in der internationalen Politik
sehr stark mit ihm zu rechnen haben, denn mit der per-
sönlichen Übernahme des Außenministeriums und des
für die Wirtschaftspolitik zuständigen Korporations-
ministeriums hat er seinen Entschluß bekundet, auf den
Arbeitsgebieten dieser beiden auf absehbare Zeit wich-
tigsten Ämter eine neue Initiative zu entfalten. Die
Entsendung Grandis nach London liegt bereits im
Sinne dieser Pläne.

Die Dominien gegen das Mutterland.

Auf der britischen Reichskonferenz in Ottawa be-
ginnt sich schnell eine Frontbildung zu entwickeln, die
man bei der englischen Regierungsvorstellung und zu
Hause in London gewiß nicht begrüßen wird. Anstatt
zunächst die Vorschläge zu prüfen und zu diskutieren,
mit denen die Vertreter des Mutterlandes zu der Kon-
ferenz gekommen sind, beeilen sich die Delegationen der
Kolonien, eigene Vorschläge über die künftige Wirt-
schaftsgestaltung im britischen Weltreich ausgearbeitet
und auf den Verhandlungstisch zu legen. Es ist unver-
kennbar, daß sie sich über diese Vorschläge sehr weit-

Französische Rückfrage wegen der Schleicher-Rede.

Keine Meinungsverschiedenheiten im Kabinett.

Berlin, 29. Juli. Von zuständiger Seite werden die
Zeitungsmedien bestätigt, daß der französische
Ministerpräsident Herriot bei dem deutschen Bot-
schafter in Paris Rückfrage wegen der Rundfunk-
rede des Reichswehrministers gehalten hat. Botschafter
v. Hoelch hat über seine Unterredung mit dem franzö-
sischen Ministerpräsidenten in Berlin berichtet. Auch
der französische Botschafter in Berlin, Francois-
Poncet hat bei seinem Beileidsbesuch beim Reichs-
außenminister wegen der „Rode“-Katastrophe nach der
Ergründung der Rede des Generals v. Schleicher gefragt.
Dieser Schritt des französischen Botschafters ist offenbar
aus persönlicher Initiative und ohne Auftrag der
französischen Regierung erfolgt. Dem Botschafter ist die
Antwort geworden, daß das ganze Kabinett hinter
dieser Rede stehe, und daß diese Rede auch dem über-
wiegenden Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands
entspreche.

Wie aus dieser Erklärung dem französischen Bot-
schafter gegenüber hervorgeht, besteht über die Rund-
funkrede des Generals v. Schleicher im Kabinett voll-
kommene Einigkeit. Die Behauptungen eines Berliner
Bormittagsblattes über die Divergenz zwischen dem
Reichswehrminister einerseits und dem Reichskanzler
und anderen Mitgliedern des Kabinetts andererseits
sind völlig unzutreffend.

Die Zusammenlegung der Landkreise.

Dr. Gerete bei Dr. Braht.

Berlin, 29. Juli. Wie wir erfahren, hatte der Prä-
sident des Verbandes der preussischen Landgemeinden,
Landrat a. D. Dr. Gerete, heute vormittag mit dem
stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, Dr.
Braht, eine Unterredung, in der auch über die Frage
der Zusammenlegung der Landkreise in
Preußen gesprochen und die für vertraulich erklärt
wurde. Zu den in diesem Zusammenhang geplanten
Maßnahmen erfahren wir aus gut unterrichteter Quelle,
„daß es sich nur um eingehend erörterte und geprüfte
und in jeder Beziehung wohl abgewogene Maß-
nahmen handelt.“

Am Dienstag Reichsratsvollsitzung.

Vor neuen Zwischenfällen.

Berlin, 29. Juli. Nach längeren Vorverhandlungen,
die sich aus der Änderung der Dinge in Preußen er-
gaben, ist die nächste Vollsitzung des Reichsrates
jezt für Dienstag nachmittag einberufen wor-
den. Die Tagesordnung ist im wesentlichen die gleiche
wie die der letztzeit abgefragten Sitzung: Neben der
Beratung über Getreidehandelsklassen
stehen nur kleinere Vorlagen zur Beratung. Dagegen ist
es nicht ausgeschlossen, daß sich politisch-wichtige Ausein-
anderetzungen in dieser Sitzung ergeben werden. Es
wird angenommen, daß im Anschluß an die Mitteilung
über die Ernennung der neuen preussischen Bevollmäch-
tigten für den Reichsrat die Vertreter der übrigen Län-
der ihre Proteste erklären, die sie in der Aus-
schußsitzung über die Rundfunkvorlage abgegeben hatten,
in der ersten öffentlichen Vollsitzung des Reichsrats
wiederholen werden. Es ist auch möglich, daß es zu
neuen Zwischenfällen mit Vertretern der bis-
herigen preussischen Regierung kommt. Insbesondere be-
steht die Möglichkeit in Zusammenhang mit der dem
Reichskanzler übermittelten Stellungnahme des
preussischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Braht, der
den Standpunkt vertritt, daß er von diesem Amte durch
den Reichskommissar nicht entbunden werden könne.

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbs- losen in den Landkreisen.

141 Prozent mehr als im Vorjahre.

Berlin, 29. Juli. In den deutschen Landkreisen hat
die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen am 30. Juni 1932
einen Stand von 837 000 erreicht. Das bedeutet
gegenüber dem 31. Mai 1932 (815 700) eine Steigerung
um 2,7 Prozent, gegenüber dem Vorjahr — 30. Juni
1931 — eine Zunahme von 141 Prozent!

Amerika zur Wirtschaftskonferenz eingeladen.

Washington, 29. Juli. Die Regierung der Ver-
einigten Staaten erhielt heute die offizielle Ein-
ladung zur Weltwirtschaftskonferenz. Eine Genehmigung
des Kongresses zur Teilnahme ist nicht erforderlich.

Der Reichsfanzler an Amerika.

Ein innenpolitischer Situationsbericht.

gehend zu verständigen bemüht sind und daß das Ergebnis dieser Verständigung ein Zusammenschluß gegen das Mutterland ist. Die englische Regierung sieht sich einer langen Reihe von Forderungen gegenüber, gegen die sie sich verteidigen muß. Es ist dabei nur ein geringer Trost für sie, daß Kanada in diesem Stadium der Konferenz zunächst die Frage der Weizenzölle in den Hintergrund treten läßt. Stattdessen werden Zollwünsche bezüglich der Fleischzufuhr erhoben, die geeignet sind, der englischen Regierung große Schwierigkeiten zu machen. Man darf nicht übersehen, daß alles das erst sozusagen Vorfeldkämpfe sind, da die großen Probleme der Konferenz noch gar nicht offiziell zur Erörterung stehen. Deshalb erscheint es verständlich, wenn man in Londoner politischen und wirtschaftlichen Kreisen der Konferenz eine sehr ungünstige Prognose stellt.

Südamerika zwischen Krieg und Frieden.

In Bolivien und Paraguay stehen die Armeen noch Gewehr bei Fuß. Es ist noch nicht zu ernsthaften Zusammenstößen gekommen, man kann daher noch immer hoffen, daß es den vermittelnden Bemühungen anderer Regierungen gelingt, einen kriegerischen Ausbruch des Konfliktes um das strittige Gebiet des Gran Chaco hintanzuhalten. Solche Bemühungen werden von den Regierungen Argentiniens, Brasiliens und Chiles unternommen, und die letzten Meldungen besagen, daß man in Paraguay und in Bolivien nicht abgesehen hat, noch einmal den Versuch eines schiedlichen Ausgleichs der Gegensätze zu machen. Die Vermittler werden sich allerdings darüber klar sein müssen, daß sie eine überaus andankbare Aufgabe auf sich nehmen, denn schon seit Jahrzehnten geht der Streit um die Grenzziehung zwischen Bolivien und Paraguay. Immer wieder hat sich einer der beiden Staaten benachteiligt gefühlt und geglaubt, nur mit Waffengewalt seinen Interessen Geltung verschaffen zu können.

Burgfrieden vom 31. Juli bis 10. August.

Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen.

Berlin, 29. Juli. Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Art. 48 AB. erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 31. Juli bis 10. August befristet. Nach der starken politischen Erregung, welche die Wahlzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchgeführtem Wahlkampf die politischen Leidenschaften wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außerdem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt werden muß.

Der Wortlaut der Verordnung.

Berlin, 29. Juli. Auf Grund des Art. 48 AB. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden.

§ 2. Die Bestimmungen der 2. Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 in der Fassung der 3. Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 22. Juli 1932 bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind.

§ 3. Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, leitet, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 31. Juli 1932 in Kraft.

Ruhiger Wahlverlauf gesichert.

Saltsche Gerüchte.

Berlin, 29. Juli. Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministeriums beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen gibt zu in der Schweiz umlaufenden Gerüchten, daß in der Umgebung Berlins Zusammenziehungen von nationalsozialistischen Formationen stattfänden, und daß für den Wahlsonntag ein nationalsozialistisches Unternehmen geplant sei, folgendes bekannt:

Die heute von der Schweizerischen Presse gebrachten alarmierenden Nachrichten kurlieren bereits in Berlin seit längerer Zeit. Nachprüfungen von derartigen alarmierenden Nachrichten haben stets ergeben, daß es sich um halboffene Gerüchte gehandelt hat, wie sie am Ende eines mit Erbitterung geführten Wahlkampfes häufig und in den verschiedensten Formen auftauchen.

Für einen ruhigen Verlauf der Wahl und eine einwandfreie Feststellung des Wahlergebnisses, wie überhaupt für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung auch nach den Wahlen, sind jedenfalls alle Vorkehrungen getroffen worden.

Urlaubspläne des Reichskabinetts.

Berlin, 29. Juli. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, ist damit zu rechnen, daß der Reichsfanzler und die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder in der kommenden Woche einen kurzen Urlaub antreten werden, um sich während der Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages nach der angestrengten Arbeit der letzten Wochen eine kurze Erholung zu gönnen.

Die Forderung nach Gleichberechtigung.

Berlin, 30. Juli. Reichsfanzler von Papen hielt heute um 24 Uhr für das internationale Radioforum und die National Broadcasting Company in New York in englischer Sprache eine Rede, die in deutscher Übersetzung lautet: Ich bin mir bewußt, daß es für ausländische Beobachter nicht leicht ist, sich durch das Labyrinth der politischen Entwicklung in Deutschland seit dem Ende des Krieges hindurchzufinden. Ich ergreife daher gern die Gelegenheit, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher deutscher Staatsmann einige Worte an die amerikanische Öffentlichkeit zu richten. Ein amerikanischer Schriftsteller, Mr. George M. Shuster, hat in seinem kürzlich erschienenen Buch über Deutschland festgestellt, daß das Wesen der deutschen Einheit in der Verschiedenheit besteht. Das mag zutreffen. Andererseits bildet aber das Streben nach Ordnung und Autorität einen Grundzug des deutschen Charakters. Alle Deutschen stimmen Friedrichs des Großen klassischem Ausspruch „Ordnung muß sein“ voll und ganz zu. Diese angeborene Ordnungsliebe des Deutschen hat sich in den Ereignissen der letzten Wochen erneut gezeigt, und Ordnung und Sicherheit in unseren innenpolitischen Angelegenheiten sind auch tatsächlich die wichtigsten Erfordernisse der Stunde. Die Außenwelt ist sich anscheinend noch nicht ganz der Tatsache bewußt, daß

als Folge der zunehmenden Spannung zwischen den Anhängern der äußersten Rechten und der äußersten Linken die Gefahr eines Bürgerkrieges schwebt.

Diese beiden Bewegungen haben nichts miteinander gemein. Während die nationalsozialistische Bewegung ausschließlich eine nationale Wiedergeburt anstrebt, richtet sich der Kommunismus gegen die kulturellen Grundlagen unseres nationalen und sozialen Lebens. Der Kommunismus muß daher als eine revolutionäre Bewegung und eine Gefahr für das Land und die Welt bezeichnet werden.

Den Kommunisten ist es gelungen, im ganzen preußischen Staate starke Kampfeinheiten zu bilden. Die Ruhestörungen der letzten Zeit sind, mit sehr wenigen Ausnahmen, auf ihre gewalttätige Tätigkeit zurückzuführen. Keine Regierung hätte diesen Zustand länger dulden können, ohne ihre eigene Autorität aufzugeben.

Wie aus den Berichten der Presse bekannt ist, ist die Ordnung in ganz Deutschland nun wiederhergestellt. Die jetzige Regierung wird dafür sorgen, daß diese Ordnung unter keinen Umständen wieder gestört wird.

Die vorläufige Ordnung der Dinge, die durch die Ernennung eines Reichskommissars in Preußen geschaffen wurde, war niemals als dauernd gedacht. Es ist weiter nichts als eine vorübergehende Maßnahme zur Befestigung einer Notlage.

Kein einziger deutscher Staat wird in seiner Souveränität oder Unabhängigkeit beeinträchtigt werden. Was wir erreicht haben, ist die Wiederherstellung der Regierungsautorität. Die kommenden Wahlen werden hoffentlich die von uns getroffenen Maßnahmen rechtfertigen. Seit meiner Er-

nennung zum Reichsfanzler sind im Ausland Bestrebungen zum Ausdruck gekommen, daß diese Regierung die Errichtung einer Diktatur in Deutschland begünstigen könnte. Weder ich noch meine Kollegen in der Regierung werden einen solchen Schritt unterstützen.

Deutschland befindet sich jetzt mitten in einer Entwicklung. Als der Reichspräsident von Hindenburg zum erstenmal als Präzidentenwahlkandidat aufgestellt war, schrieb eine amerikanische Zeitung: „Hindenburg ist ein Symbol dafür, daß das deutsche Volk sich weigert, dauernd eine untergeordnete Stellung in Europa einzunehmen.“

Wenn man die Lage verstehen will, in der sich Deutschland befindet, so muß man sich darüber klar werden, daß der Ursprung aller Verzweiflung und Unzufriedenheit im Vertrag von Versailles liegt.

Es gibt keinen Deutschen, welcher die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Deutschland in eine Stellung minderen Rechts gebracht haben, als gerecht anerkennen würde. Dies trifft in erster Linie für die deutsche Jugend zu, die infolge der jetzigen traurigen Wirtschaftslage den härtesten Entbehrungen ausgesetzt ist und um so weniger versteht, warum sie weiterhin für das uns durch diesen Vertrag zugefügte Unrecht leiden soll.

Diese Jugend, die keine Hoffnung auf die Zukunft hat, ist darin besonders empfindlich.

Das deutsche Volk wünscht nichts sehnlicher, als in Frieden zu leben, um alle ihm innewohnenden Kräfte den großen Aufgaben zuzuwenden, welche die Nachkriegszeit für den Wiederaufbau der Welt gestellt hat.

Aber es ist unerträglich für das deutsche Volk, daß ihm heute, 14 Jahre nach dem Kriege, sein Anspruch auf Gleichberechtigung, zu dem es sich als große Kultur-nation berechtigt fühlt, durch die diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages immer noch vorenthalten wird.

Ich bin überzeugt, daß gerade das große Land, zu dessen Bürgern ich heute sprechen darf, diese Gefühle völlig verstehen und würdigen wird. Recht und Gerechtigkeit sind die Grundtugenden, die immer in der Welt herrschen müssen. Laßt uns von der Vergangenheit lernen und eine bessere Zukunft aufbauen, indem wir die Welt durch Selbstüberwindung überwinden, mit Gottes Hilfe, im Geiste der Zusammenarbeit für das allgemeine Wohl.

Ausgezeichneter Empfang der Rede in USA.

Das größte unsichtbare Auditorium der Welt.

New York, 30. Juli. Die Rundfunkrede des Reichsfanzlers von Papen wurde dank der sehr klaren Übertragung ausgezeichnet verstanden. Die Rede wurde auf sämtlichen Sender der Vereinigten Staaten und Kanada übernommen. Von allen Seiten wird bestätigt, daß der Empfang sehr gut gewesen ist. Die Rede des Reichsfanzlers wurde von dem wohl größten unsichtbaren Auditorium der Welt angehört.

Die Neuordnung des Rundfunks.

Die Selbständigkeit der örtlichen Gesellschaften bleibt unangetastet.

Parteiliche Darbietungen ausgeschlossen.

Die künftigen Leitende.

Berlin, 29. Juli. Die bestehende Rundfunkorganisation geht auf das Jahr 1925 zurück. Die seitdem gesammelten Erfahrungen haben eine Reihe Unzulänglichkeiten gezeigt, die den Reichspostminister und den Reichsminister des Innern zu einer Nachprüfung des gesamten Rundfunkwesens veranlaßten. Das Ergebnis wurde in „Leitenden zur Neuordnung des Rundfunks“ zusammengefaßt. In der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats vom 27. Juli wurde mit den Ländern volle Einigung erzielt. Die Neuordnung kann nunmehr in Angriff genommen werden.

Die Leitende gehen von dem Gedanken aus, daß der Schwerpunkt des deutschen Kulturlebens bei den einzelnen Stämmen ruht, und daher die landsmannschaftliche Eigenart der besonderen Pflege bedarf. In Ausführung dieses Standpunktes

lassen sie die bisherige Selbständigkeit der örtlichen Rundfunkgesellschaften in Bezug auf die Programmgestaltung unangetastet bestehen. Die Leitende sehen ferner eine Rückkehr zu der in den bisherigen Richtlinien verankerte Bestimmung vor, daß der Rundfunk keiner Partei dient und schließlichen demgemäß in Zukunft parteipolitische Darbietungen aus.

Im einzelnen werden Zweck und Inhalt der Neuordnung u. a. wie folgt bestimmt:

Die Neuordnung bezweckt: Die Organisation des Rundfunks zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten, die noch in Privatband befindlichen Geschäftsanteile der Rundfunkgesellschaften in die öffentliche Hand (Reich und Länder) zu überführen und damit ihr die alleinige Verwaltung des Rundfunks zu sichern. In Bezug auf die Programmgestaltung, die Durchführung einheitlicher Richtlinien in der Politik zu gewährleisten, daß ausgehend von den landsmannschaftlichen Eigenarten des deutschen Kulturlebens die Selbständigkeit der örtlichen Rundfunkgesellschaften erhalten bleibt (Dezentralisation der Programmgestaltung) und der Rundfunk von parteipolitischen Darbietungen freigehalten wird, (Entpolitisierung des Rundfunks).

Die obere Leitung des Rundfunkbetriebs in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht wird von der Reichsrundfunkgesellschaft der Dachgesellschaft der

örtlichen Rundfunkgesellschaften wahrgenommen. Sie übt ihre Tätigkeit als gemeinnützige G. m. b. H. aus. Von den Geschäftsanteilen gehören 51 v. H. der Deutschen Reichspost, 49 v. H. sind auf die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hamburg nach näherer Vereinbarung mit ihnen zu verteilen.

Der Reichsrundfunkgesellschaft werden zwei Reichskommissare übergeordnet, von denen einer vom Reichspostminister, einer vom Reichsminister des Innern ernannt wird. Der vom Reichsinnenminister ernannte Kommissar behandelt auch die politischen Programmforderungen und die Überwachung der Richtlinien für den Programm- und Nachrichtenendienst.

Der Reichsrundfunkgesellschaft werden beigegeben: ein Verwaltungsrat, bestehend aus den beiden Reichskommissaren, je drei vom Reichsminister des Innern und vom Reichspostminister, und sieben von den Ländern zu bestellenden Mitglieder, von denen zwei Preußen und je eines Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hamburg ernennen, ferner ein Programmbeirat, bestehend aus 15 Mitgliedern, die der Reichsminister des Innern ernannt, und die aus dem ganzen Reichsgebiet berufen werden sollen.

Den Rundfunkgesellschaften werden beigegeben ein von dem zuständigen Lande im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern zu ernennender Staatskommissar, dem ein Ausschuss von Regierungsvertretern zur Seite steht. Der Staatskommissar übt die Befugnisse des Überwachungsausschusses aus, ein Programmbeirat, dessen Mitglieder von dem zuständigen Lande im Benehmen mit dem Reichsminister des Innern ernannt werden. Die Aufgaben des Staatskommissars, des Ausschusses und des Programmbeirats werden unter Zugiehung der zuständigen Ausschüsse des Reichsrats geregelt. Die derzeitigen politischen Überwachungsausschüsse fallen fort. Die vorhandenen Kulturbetriebe sind umzuwandeln.

Der Reichsrundfunkgesellschaft wird Reichsfunksender über den die Reichsrundfunkgesellschaft verfügt. Die Drahtlofer-Dienst-AG. wird liquidiert. Der politische Nachrichten-dienst wird an die Reichsrundfunkgesellschaft angegliedert.

Das Recht der Länder, den Rundfunkgesellschaften Auf-lagen und Beiträge zuzuleiten, bleibt vor-überhalten. Die Regelung in den zu erlassenden Richtlinien unberührt.

Der Abzug der Veteranen aus Washington.

Das Echo in der amerikanischen Presse.

Washington, 29. Juli. Die Veteranen haben nunmehr auch das letzte ihrer hiesigen Feldlager aufgegeben und ziehen, von Kavalleriepatrouillen bis zur Stadigrenze eskortiert, in ziemlich geordneten Formationen, etwa 4000 Mann stark, durch den Staat Maryland nach Pennsylvania. Der Gouverneur des Staates Virginia verbot ihnen den Zutritt und alarmierte die Miliz, um die Zufahrtstraßen abzuperrren. Die Veteranen hoffen, sich in Johnstown (Penn-

sylvania) zu sammeln und dort eine „Kathibend-Brigade“ zu bilden, um im nächsten Winter erneut gegen Washington vorzugehen. Außer einem Toten wurden im gestrigen Kampf mit der Polizei und den Truppen 33 Veteranen, 16 Schutze, 5 Soldaten und etwa 15 Zivilisten verletzt. Die Zeitungen bringen vielfältige Schilderungen und ganzseitige Bilder, sie mahnen jedoch zur Ruhe. Die republikanischen Blätter erklären, daß die Taktik der Veteranen nicht der amerikanischen Auffassung von der Demokratie entspreche, während die demokratischen Zeitungen von „hoovers gigantischem Fehler, Mitbürger durch Kavallerie zu verfolgen“, sprechen.

Kurze Umschau.

Reichskanzler von Papen spricht am Samstag, 30. Juli, abends von 7.30 bis 8 Uhr für alle deutschen Sender.

Die französische Regierung hat ein Dekret zum Schutze der einheimischen Filmindustrie veröffentlicht, dessen Richtlinien in mancher Beziehung den kürzlich erlassenen deutschen Bestimmungen ähneln.

Am Freitagnachmittag wurden in Budapest zwei Kommunistenführer, die wegen Versuchs eines gewaltsamen Umsturzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet.

Die englische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes offiziell mitgeteilt, daß der Irak seine Aufnahme in den Völkerbund beantrage. Mit der Aufnahme des Irak in den Völkerbund würde die britische Mandatsverwaltung über dieses Gebiet erlöschen.

Die Geheimpolizei von Havanna ist einem neuen revolutionären Komplott auf die Spur gekommen, das zunächst die Ermordung des Präsidenten von Kuba, Gerardo Machado, bezweckte. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Brüning antwortet Schacht.

Zurückweisung des Vorwurfs der bewußten Unwahrheit.

Berlin, 29. Juli. In seiner Rede im Berliner Sportpalast hat Reichskanzler a. D. Dr. Brüning unter anderem auch auf die bekannten Angriffe Dr. Schachts geantwortet; er verwies zunächst darauf, daß Dr. Schacht bei ihm angefragt habe, ob die in der Presse auszusagende veröffentlichten Äußerungen aus seiner Freiburger Rede den Tatsachen entsprechen, und daß er darauf Dr. Schacht am 23. Juli habe mitteilen lassen, er würde versuchen, ihm nach seiner Rückkehr nach Berlin den authentischen Text seiner Freiburger Rede zur Verfügung zu stellen. Dr. Schacht habe das nicht abwarten können, sondern, fühnd auf unzulänglichen Berichten, in einem Brief vom 23. Juli schwere Angriffe gegen ihn gerichtet.

Was ich in Freiburg geäußert habe, ist, so erklärte Dr. Brüning, folgendes: Gegenüber den Ausführungen, die Herr Dr. Schacht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemacht hat, wonach das von mir geleitete Kabinett die Vorbereitungen zur Lausanner Konferenz nicht aus dem Geiste des Kampfes, sondern aus dem Geiste des Duldens getroffen habe, werde ich kurz auf die Vorgeschichte des Young-Planes eingehen, was die Verantwortlichkeit des Herrn Dr. Schacht feststellt. Ich habe auf die zu frühe Inangriffnahme der Revisionenverhandlungen des Dawes-Planes hingewiesen und auf die später bei den Verhandlungen in Paris gemachten Fehler. Diese Auffassung muß ich aufrechterhalten; denn sie entspricht der historischen Wahrheit, wie sie aus den beim Reichsarchiv niedergelegten Urkunden festgestellt werden kann.

Es war ein Fehler, die Verhandlungen am Ende einer deutschen Hochkonjunktur zu beginnen, und es bleibt in meinen Augen ein Fehler, daß ein festes Angebot in Paris seitens des Herrn Dr. Schacht gemacht worden ist.

Nachdem durch die Arbeit meines Kabinetts es gelungen war, schrittweise die Welt, davon zu überzeugen, daß eine weitere Reparationszahlung unmöglich war, muß ich es auch angeht, daß von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held neulich in Köln festgestellten öffentlichen Eintretens des Herrn Dr. Schacht für den Young-Plan als einen unerhörten Vorwurf betrachten, wenn gerade diese Persönlichkeit derartige Angriffe gegen das von mir geleitete Kabinett erhebt.

Wenn Herr Dr. Schacht über die späteren Verhandlungen spricht, die ich in Freiburg nicht erwähnt habe, ob es richtig gewesen sei, im Jahre 1929/30 den Young-Plan abzulehnen und auf die Befreiung des Rheinlandes auf Jahre hinaus nachträglich zu verzichten, so sind das Fragen, die sich zum Teil zwangsläufig entwickelt haben und über die auch die Auffassung des Herrn Dr. Schacht mehrfach gewechselt hat. Ich muß daher den Vorwurf der bewußten Unwahrheit auf das schärfste zurückweisen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede hat Dr. Brüning dann noch auf die Angriffe des Führers der Deutschen nationalen Dr. Eugen Berg geantwortet.

Bestattung um Mitternacht.

Von Leo Matthias.

Es geschieht selten, daß jemand bei einer Bestattung auf See dabei gewesen ist.

Ich erlebte eine solche Bestattung zum erstenmal auf der Reise zwischen Havanna und Santander.

Die Umstände waren sogar etwas ungewöhnlich. Der Mann, der auf hoher See starb, war bereits krank an Bord gekommen, und Kranke, deren Leiden ankündend wirken könnten, werden im allgemeinen von den Schiffsarztgesellschaften zurückgewiesen. Aber der Schiffsarzt hatte nicht den Mut gehabt, diesem Mann die Passage zu verweigern. Der Arzte hatte sich vor der Abfahrt auf die Anie geworfen und den Arzt angefleht, ihn bis zum ersten spanischen Hafen mitzunehmen.

Das Schicksal dieses Mannes war das unzählige anderer gewesen. Er hatte Frau und Kind in Europa zurückgelassen, um während der Saison auf kubanischen Zuckerpflanzungen Geld zu verdienen und hatte auch zwei bis dreihundert Pesos gespart. Aber die Arbeit war über seine Kräfte gegangen, und da er bereits lungenkrank war, als er Europa verließ, hatte sich das Leiden durch die Entbehrung und die mörderische Hitze verschlimmert.

Er kam mit einem kleinen braunen Koffer an Bord, der nicht viel größer als ein Schoßhund war, und bemühte sich, in den ersten drei, vier Tagen ebenso heiter zu sein, wie alle, die mit etwas Geld in der Tasche aus Kuba zurückkehrten. Er sprach viel von seiner Frau und seinem Kind und lernte die Tage, die vergingen, auf einem Stock ein, der außer dem Koffer das einzige war, was er besaß. Aber am vierten Tage der Reise, als er gerade an der Reeling stand und aufs Meer sah, fiel er um und es blieb nichts anderes übrig als ihn ins Lazarett zu schaffen. Dieses Lazarett bestand aus zwei bis drei Kabinen, die sich freistehend achteraus befanden.

Ich besuchte ihn dort am nächsten Morgen. Bleich, abgemagert und so schwach, daß er die Bettdecke nicht bis zum Kinn ziehen konnte, lag er auf einer schmalen Eisenmatratze und sah zu der niedrigen, weißgetünchten Decke. Es fiel ihm schwer, zu sprechen, und man konnte ihm keine andere Freude bereiten, als mit einem Stückchen Eis über Stirn

Wiesbadener Nachrichten.

Noch leicht unbeständig, aber weitere Besserung.

Das Wetter der nächsten Woche.

Unsere vor acht Tagen gegebene Voraussage hat sich, wie der Wetterablauf dieser Woche zeigte, als zutreffend erwiesen. Die erwartete sommerliche Unbeständigkeit ist auch weiterhin charakteristisch für die Wetterbildung Mitteleuropas gewesen; damit hat der Zustrom kühler ozeanischer Luft in unser Gebiet angehalten, und wir haben die Unannehmlichkeiten des hochsommerlich-veränderlichen Wetters nach vorübergehender Aufhellung und Erwärmung durch darauffolgende Eintrübung und dann rasch aufziehende gemitterartige Regenböden voll auf zu spüren bekommen.

Am vorigen Wochenende ging nach erneuter Wetterverschlechterung, die durch den Vorbezug einer Gewitterfront mit stellenweise starken Niederschlägen verursacht worden war, eine allmähliche Vereinerung der Großwetterlage vor sich. Im Bereich der den Gewittern folgenden maritimen Kaltluft stieg das Barometer wieder an und brachte damit das unser Gebiet beherrschende flache Tief zu rascher Abwanderung nach Nordosten. Damit war auch die ostwärts gerichtete Verlagerung eines vom Azorenmaximum bis zum Nordmeerhochreichenden Rücken hohen Druckes, der von einem neuen Schwall kühler Luft am Sonntagabend auch in unser Gebiet vorgetragen wurde, verbunden. Wieder kam es zu starken Niederschlägen, vom Fichtelberg sind beispielsweise 28 Millimeter gemeldet worden.

Der Hochdruckkeil wurde bald wettermäßig, in seinem Bereich kam es bei schwachen südlichen Winden zu schneller Erwärmung. Die Tagestemperaturen, die an den Vortagen 20 Grad kaum überschritten hatten, erreichten schon am Montag in Norddeutschland wieder 26 Grad, in Steintin sogar 27 Grad. Aber schon am folgenden Tage, als in Norddeutschland bis 29 Grad als Höchsttemperatur gemeldet wurden, folgte mit starken Westwinden ein erneuter Kaltlufteinbruch, der besonders in Süddeutschland starke Niederschläge hervorrief. Der Einbruch dieser neuen Störung hat auch den Untergang des Schiffs „Niobe“ am Dienstagabend verursacht, das von der mit großer Geschwindigkeit heranziehenden Gewitterfront, in der im Laufe weniger Minuten der Wind drehte und von leichter Brise bis auf Sturmstärke aufblies, überrascht wurde. Nach Vorübergang der Vorderfront über einbrechenden ozeanischen Luftmassen trat empfindliche Abkühlung ein, die, wie besonders die Nacht- und Morgenstemperaturen des Mittwoch zeigten, im Mittel 5 Grad betrug. Ein inzwischen vor England liegendes Tiefdruckgebiet sandte in weiterer Folge neue Störungen aus, die auch in der Mitte der Woche noch gewitterartige Erscheinungen in Deutschland hervorriefen. Sein Einfluß auf unsere Wetterbildung läßt aber zusehends nach, zudem erfolgte zum Wochenende weiterer Druckanstieg über Mitteleuropa. Die Zufuhr kühlerer Luft aus dem Westen ist damit zeitweilig unterbrochen. Wir haben noch mit Fortdauer der jetzt herrschenden leicht unbeständigen Witterung zu rechnen. Trotz einer noch immer zum Ozean hin geöffneten Tiefdruckrinne wird jedoch das Wetter der nächsten Woche besser als das der vergangenen sein. Die langsame Besserung wird sich aber im Laufe der nächsten Woche fortsetzen; vor allem in Süddeutschland darf schon zum Wochenbeginn schöneres Sommerwetter erwartet werden. Für Norddeutschland wird die Regenschatteneinflüsse nicht so gering sein, jedoch wird die Schwere der Störungen längt nicht das Maß der im Laufe dieser Woche rasch aufeinander folgenden Kaltluftstößen mit den begleitenden starken Regenfällen erreichen. Bei schwachen Winden wird es zu sommerlich warmen Tagestemperaturen kommen, die jedoch voraussichtlich nicht die Höhe der in der vergangenen Hitzeperiode registrierten Temperaturen erreichen werden.

Schnellverkehr Wiesbaden-Frankfurt a. M.

Ein neuer Triebwagentyp für die Personenbeförderung.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse wirken sich auch durch den Rückgang im Reiseverkehr bei der Reichsbahn aus. Die Zahl derjenigen, die zum gleichen Zeitpunkt auf die Reise gehen, ist im Vergleich zu früher zurückgegangen. Die jeweils zu befördernden Personeneinheiten sind geringer und füllen oft nicht mehr einen vielgliedrigen Eisenbahnzug. Trotzdem will auch heute jeder, der eine Reise antritt, schnell zum Ziel kommen, auch dann, wenn die Zahl der Mitreisenden geringer ist, als sonst gewohnt. Die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. legt deshalb einen schweren diessel-elektrischen Triebwagen für den Personenverkehr

und Arme zu fahren. Die Hitze der Zone, die wir passierten, war groß und niemand war fähig, in seiner Kabine zu schlafen. Wir lagen alle die Nacht über auf Deck und nur der Kranke war von dieser Wohltat ausgeschlossen.

Er versuchte sich in der Hitze und unter dem Fieber.

Am fünften Tage, dem neunten unserer Reise, und vier Tage vor der Ankunft in Santander, war er tot. Seine Hinterlassenschaft bestand in 261 Pesos, dem Koffer und einem Brief an seine Frau.

Obgleich es selten geschieht, daß man um Fremde trauert, gab es niemanden, der durch diesen Tod nicht betroffen worden wäre. Es kam zu den ungewöhnlichen Umständen, unter denen die Reise angetreten war, noch hinzu, daß er sich bis zur letzten Stunde auf ein Wiedersehen mit seiner Frau in einer fändlich ruhrenden Weise gestreut hatte. Und man hatte allgemein geglaubt, daß eine solche Freude im Stande sein müsse, den Tod um vier Tage hinauszulassen.

Wir erkundigten uns beim Kapitän, ob es nicht möglich sein würde, den Leichnam mitzunehmen. Man mühte ihn zwar in einem Jinnjarg verschließen, aber es schien uns doch besser, der Frau einen Jinnjarg zu bringen als gar nichts. Ein Amerikaner meinte mit Recht, daß für diese Frau das Gefühl, ihren Mann auf See bestattet zu wissen, das gleiche sein müsse, als wenn man ihr die Nachricht bringen würde, er sei verschollen. Der Kapitän war auch ganz seiner Meinung. Aber ein Jinnjarg war durch die Fahrlässigkeit des Purser nicht an Bord, und so blieb nichts anderes übrig als die Leiche zu verwerfen.

Nach in der gleichen Nacht gegen halb zwölf Uhr wurden die Vorbereitungen begonnen. Ein Fischer hatte aus vier schmalen Brettern einen Kasten gezimmert, dessen Außenseite schwarz angestrichen war. Er stand ganz in der Nähe des Lazarett, und es war himmlisch, was er bereits geschlossen. Auf dem Deck befanden sich, seitlich verteilt, acht oder zehn talergroße Löcher. Man hatte sie hineingeböhrt, um das Eindringen des Wassers zu beschleunigen. Sank der Kasten nicht gleich, bestand Gefahr, daß er treibend von der Schraube erfaßt wurde.

Die Maschine arbeitete nur noch mit halber Kraft, als der Amerikaner auf den Sarg zuging und sich an das Kopfende stellte. Er las laut einen Abschnitt aus der Bibel. Als er geendet hatte, trat ein Freund des Toten an den Sarg und fügte die Bretter.

ein, welcher von der Eisenbahn-Verkehrsmittel-Ges., Berlin, Wert Bismar, in Verbindung mit den Maybach-Motoren, werden, Friedrichshafen, erbaut worden ist. Diese Wagen sollen zunächst auf den Strecken: Frankfurt a. M. — Wiesbaden, Frankfurt a. M. — Mainz, Frankfurt a. M. — Darmstadt verkehren. Zwei weitere Wagen werden voraussichtlich in Kürze folgen. Diese drei sollen dann den Dienst der bisherigen Dampfkleinzüge übernehmen. Sie werden eine Geschwindigkeit von 90—100 Kilometer entwickeln. Der Fahrbereich beträgt rund 700 Kilometer. Die Wagen laufen mit Anhänger. Der Triebwagen hat eine Länge von 22,13 Meter. Er enthält 16 Plätze 2. Klasse und 56 Plätze 3. Klasse und einen kleinen Gepäckraum. Das Gewicht des Wagens beträgt rund 57 Tonnen. Die Heizung geschieht durch das Motor-Kühlwasser. Die Beleuchtung ist elektrisch. Der Antrieb besteht aus einem 12-Zylinder-Maybachmotor von 410 PS bei 1400 Umdrehungen. Der Motor ist gekuppelt mit einem Generator, der zwei Fahrmotoren von je 154 Kilowatt-Stundenleistung speist. Die Steuerung des Triebwagens kann sowohl vom Triebwagen als vom Anhänger aus erfolgen, so daß ein Wenden nicht notwendig wird. Die Anhänger sind in zwei Typen vorgesehen und haben entweder einen Fassungsraum von 81 Plätzen 3. Klasse oder von 48 Plätzen 3. Klasse und 23 Plätzen 2. Klasse. Das Gewicht beträgt dementsprechend 41,5 oder 43,8 Tonnen. Die Heizung geschieht durch Warmwasser. Die Beleuchtung ist ebenfalls elektrisch. Die Ausstattung ist im übrigen in der Art der neuzeitlichen Sitzwagen durchgeführt.

Der Reisende ist außerordentlich überrascht von der ruhigen Fahrt des Triebwagens und von seinem fast unmerklichen leisen Anfahren. Trotzdem kann der Wagen mit Hilfe der modernen Konstruktion der Antriebsmaschinen in kürzester Zeit auf die höchste Geschwindigkeit gebracht werden, was sich in der Zeitersparnis günstig auswirkt. Die Probefahrt des ersten Wagens, der gestern mittag 14 Uhr in Wiesbaden eintraf, verlief außerordentlich zufriedenstellend.

Reisebekanntschaften.

Wenn man sich heute auf die Reise begibt, so tut man das meist mit dem Wunsch nach Erholung, nach Ruhe. Man ist nervös, überarbeitet, abgepannt, man hat den fast verzweifeltsten Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden, man will nichts mehr hören von Büro und Werkstatt, von Krie und Not, von Lärm und Familienklatz. Man will aus dem Alltag fliehen und für ein paar Tage nur Mensch sein, an nichts weiter denken als an seine Ausspannung und Erholung. Mittrauisch muß man seine Mitreisenden, in fester Furcht, von ihnen gestört und belästigt zu werden. Vielleicht erweist sich der lächelnde alte Herr gegenüber als unangenehmer Störenfried, vielleicht will er das Fenster öffnen, wenn andere es schließen wollen oder umgekehrt. Oder die Dame dort: vielleicht fängt sie an, mit ihrem Gepäc herumzuturnen, so daß man nicht eine Minute Ruhe hat! Dann hat man täglich von Taschendieben und Raubüberfällen gelesen, auch darauf muß man schließlich noch gefaßt sein. Ist es da verwunderlich, wenn man seinen Mitreisenden ein wenig Mißtrauen entgegenbringt?

In den Zeiten der guten alten Postkutsche, die die Reisenden buchstäblich durcheinanderschüttelte, war einer auf den anderen angewiesen. Da ließ sich wohl schnell und leicht eine Reisebekanntschaft anknüpfen, die nicht selten zur Reisebekanntschaft oder gar zur Reiseliebe vertieft wurde. Die harmlose Unbekanntschaft dieser Zeiten ist verschwunden und hat einer — leider meist berechtigten — Zurückhaltung und einer mißtrauischen Vorsicht Platz gemacht.

Und trotzdem hat man, zumal man allein reist, oft den Wunsch, eine nette Bekanntschaft anzuknüpfen. In Stunden, in denen man sich ganz einem unergiebigen Eindruck hingibt, in denen man sich so recht von Herzen freut, sieht man sich nach einem lieben Gefährten, der an dem Erleben teilhat. Auch die anspruchsloseste Reise gewinnt durch eine angenehme Reisebekanntschaft. Freilich gehört sehr viel Menschenkenntnis dazu, den passenden Gefährten zu finden, den Menschen, der gleich uns Lösung von den Sorgen des Alltags sucht, der gleich uns den Wunsch nach Ruhe hat, der nicht auf genaueste über unseren Beruf, über unsere tägliche Arbeit, über unsere Familie unterrichtet sein will, der sich nicht herausnimmt, über jede Stunde unserer kostbaren Freizeit nach seinem Willen zu verfügen.

Doch hat man eine Bekanntschaft glücklicher Art gemacht, so fühlt man sich befreit und geborgen, dann wird das unbefangene Verhältnis von Mensch zu Mensch wiederhergestellt. Im gegenseitigen Geben und Nehmen kann man wertvolle Erfahrungen austauschen, sich gegenseitig anregen und manches dazu lernen. In wertvollem Gedankenaustausch kommt man sich näher, und so kann es auch in unserer mißtrauischen, geheizten Zeit vorkommen, daß man einen guten Freund gewonnen hat, wenn man von der Reise zurückkehrt.

Es war wenige Minuten vor zwölf, als der Kapitän auf seiner Brücke das Kommando „stop“ gab. Würde der Verleher eines ganzen Landes eine Stunde lang ruhen, wenn ein Toter bestattet wird, das Gefühl, Unvergleichbares zu erleben, könnte nicht tiefer sein. Seit neun Tagen waren wir daran gewöhnt gewesen, Tag und Nacht das gleichbleibende Getöse der Maschine zu hören. Und nun stand sie still. Man hörte ängstlich. Es war, als ob jemand, der beim Tiden einer Uhr gewohnt ist zu schlafen, plötzlich erschreckt aufwacht, weil die Uhr stillsteht. Ungewöhnlich und schwankend, zerhackt von den Schatten der Raste, lag die ungeheure Schiffsmasse still und treibend in einer Unendlichkeit, die nur vom Mond erhellt war.

Wie ein Rettungsboot, an beiden Enden durch Seile gehalten, wurde der Sarg nun vom oberen Deck heruntergelassen. Rudweise, auf leichtes Kommando, sank er bis zur unteren Reeling.

Wir standen unten und sahen, wie der schwarze Kasten auf uns zukam. Er befand sich etwa in gleicher Höhe mit unseren Köpfen, als er plötzlich hängen blieb; ein Seil war aus der Rolle gefallen. Vor unseren Augen schlug eine vieredrige schwarze Kiste, tief wie das Brett einer zertrümmerten Schaufel, hin und her.

Einige spanische Bauern griffen sogleich zu, um zu verhindern, daß der dünngezimmerte Sarg an der eisernen Reeling zerfiel. Und während sie ihn anhoben, damit man auf dem oberen Deck das Seil einlegen konnte, griff einer von ihnen mit seiner Linken, die unbeschäftigt war, in die Tasche und holte ein paar Kupfermünzen heraus. Ohne sie zu besehen, warf er sie durch die talergroßen Löcher in den Sarg.

Niemals wieder bin ich Zeuge einer gleichen, uralten Sitte gewesen. Denn dieses Kupfergeld sollte dazu dienen, den Fahrmann zu bezahlen, der jeden Toten über den Sturz in den Hades fährt.

Das Seil war mittlerweile wieder über die Rolle gelegt worden, langsam sank der Sarg bis zum Meerespiegel. Dann kam das leise Kommando: „Kappt die Tauer!“

Wie ein großer, toter Fisch trieb der Kasten quer durch das Mondlicht. Dann warf ihn eine Welle ins Dunkel.

Die Kommandos wurden wieder laut gegeben. Über tausend Passagiere setzten ihre Reise fort.

— Wiesbadener Gäste. Nachfolgende Gäste haben im Hotel „Rosa“ Wohnung genommen: Prinz August Wilhelm von Preußen, Erbprinz zu Waldeck, Adolf Hitler (München), General von Hönning (München), Graf Werner Epland (den Haag), Baronin Pallandt (Genf), Baron de Stuers (Genf).

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 28. Juli 1932 angemeldeten Fremden beträgt 56 817 Kurgäste und Passanten.

— Die Deutsche Staatspartei, Ortsgruppe Wiesbaden, veranstaltete Freitagabend im großen Saale des „Kath. Lesevereins“ unter Vorsitz von Magistratschulrat Helwig eine Kundgebung gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion für die Freiheit des Bürgertums. Einleitend gedachte der Vorsitzende der „Rosa“-Katastrophe. Die Versammlung erhob sich zum ehrenvollen Gedächtnis der Toten von den Sitzen. Als Hauptredner sprach Reichsminister a. D. Dr. Reinhold, der im wesentlichen folgendes ausführte: Es geht um die Verfassung, die Freiheit und Einheit des Reiches. Bei der Amtseinführung der preussischen Regierung habe man die Schuldfrage vollständig verschoben. Die Reichsregierung trage die volle Verantwortung für ihre Handlungsweise. Wenn jetzt die Oldenburgische Regierung die SM- und SS-Leute in die Staatspolizei einordne, so beweise das zur Genüge, was beabsichtigt sei. Neue Parteibuchbeamte, gegen die man bisher so gewaltig gewettert habe, würden geschaffen. Nunmehr wurde wieder eine große Klüftung im deutschen Volke aufgerichtet, obwohl es eine der großen Leistungen des Deutschlands der Nachkriegszeit war, daß durch eine besonnene Politik die Arbeiterchaft an den Staat herangebracht wurde. Die deutsche Republik beging dadurch einen großen und schweren Fehler, daß in der Beamtenpolitik nicht eine zielbewusste republikanische Linie eingehalten wurde. Die nationalsozialistische Völkerei sei auch unter dem von ihnen tolerierten Kabinett nicht anders geworden. Die schwersten Vorwürfe würden den früheren Regierungen gemacht, obwohl 1918 das freiheitliche Bürgertum Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrte, den Staat wieder aufbaute, die Währung wieder festigte, die Einheit des Reiches erhielt, den Separatismus abschlug, zielbewußt und zäh auf einer schweren Straße der Not das Reich von der Belagerung und den Reparationen befreite. Das Ziel wurde in handgreifliche Nähe vorbereitet, so daß die Rechtsregierung jetzt nur diese Politik verschleiert fortsetzen konnte. Brüning und Dietrich hatten den Weg klar vorgezeichnet und erklärt, daß Deutschland keine Zahlungen mehr leisten könnte, von Papens Auftreten in Lausanne bewies, daß nur eine Politik möglich ist, wie sie bereits vor dem verfolgt wurde. Innenpolitisch brachten die Maßnahmen des Kabinetts von Papen bisher lediglich für die Linke gesteigerte Wahlausichten. Die Diktatur ohne Parlament kann nicht lange in Deutschland ertragen werden. Die besten Geister wurden immer noch vom Parlament gemacht. Die erste Notverordnung des Kabinetts von Papen lud neue Lasten auf den Mittelstand und die kleinen Leute. Gegen die Arbeitslosigkeit wurde noch nichts getan. Der Siedlungsplan wurde zunächst zertrümmert. Die Rationalisierung, die allgemeine Verarmung der Welt, der Autarkiewahn, für Deutschland besonders gefährlich, hindern die Arbeitslosigkeit im großen zu beseitigen. Die deutschen Menschen können erst wieder bei freiem Weltmarkt beschäftigt werden. Die deutschen Menschen auszurüsten, sei die Aufgabe der Staatspartei im Wahllampf, in dem sie allein steht, weil eine freiheitliche Bürgerpartei notwendig ist, die sich wirtschaftlich von der Sozialdemokratie und kulturell vom Zentrum trennen will, obwohl manche politische Fragen sie mit ihnen verbindet. Auch als kleine Gruppe hat sie große Funktionen. Sie ist der Stoßtrupp des freiheitlichen Bürgertums, der angreifen und kämpfen muß zur Zurechtbringung der Freiheit, die wir nicht mehr besitzen, für wirklich deutsche Mannhaftigkeit statt der Politik der Straße. Deutschland muß wirklich erwachen und den Kampf führen für Freiheit und Ordnung. Der Wahllampf muß die Entscheidung jedem auferlegen, ob Freiheit oder Unfreiheit das Geschick unseres Volkes bestimmen soll.

— Nassauisches Landesmuseum. Stammlarten-Inhabern, die ihre alten Plätze bisher noch nicht wieder belegt haben, wird das Stammlartenbüro, obwohl die Erneuerungsfrist bereits abgelaufen ist, ihre Plätze noch einige Tage zurückstellen. Sie müssen sich aber in den aller nächsten Tagen zum Abfluß des neuen Vertrages in das Stammlartenbüro, Wilhelmstraße 3/5, (geöffnet täglich von 9–14 und 16–19 Uhr) bemühen, da sonst über die Plätze, für die zahlreiche Umtauschanträge eingelaufen sind, weiter verfügt wird.

— Luftpost nach Niederländisch-Indien. Luftpostsendungen für den Flug Amsterdam–Niederländisch-Indien, der jeden Donnerstagfrüh den Flughafen Halle/Leipzig verläßt, erreichen den Anfluß künftig auch dann noch, wenn sie in Frankfurt Mittwochs mit der Bahnpost im Zug D. 1 Frankfurt–Berlin, Hauptbahnhof ab 22.43 Uhr, abgehandelt werden.

— Beim Spielen die Hand durchspielt. In der Rauenthaaler Straße trat am Freitagabend eine 8 Jahre alte Schülerin beim Spielen auf dem Sockel einer Gartenumschließung und jagte sich unglücklich eine Stakete in die Hand. Die Eisenspitze drang dem Kind durch den Handballen und kam am Handrücken wieder heraus. Der sofort hinzugezogene Arzt ließ einen Spengler kommen, der die Eisenspitze abtragen mußte. Dann erst konnte sie aus der Hand entfernt werden. Das Sanitätsauto transportierte das verletzte Kind ins Städtische Krankenhaus.

— Unfall an der Fleischmaschine. In einer Metzgerei in der Nauergasse geriet am Freitagnachmittag ein Gesele mit der linken Hand in eine Fleischmaschine. Er erlitt fünf blutende Schnittwunden, so daß er ins Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

— Der Christlich-sozialer Volksdienst veranstaltet heute Samstag, abends 8.30 Uhr in der Aula des Oberlingseums am Boleplatz eine Wahlkundgebung, in der Professor a. D. Pfarrer Weidt (Frankfurt a. M.), M. d. L., spricht.

— Wiedersehensfeier. Die diesjährige Bundesversammlung und Wiedersehensfeier chem. 174er und der daraus entstandenen Truppenteile Infanterie-Regiment 461 Brig. Erz. Bail. 32 nebst den Feld- und Ersatzformationen und die Tagung des Offiziersvereins 174 finden vom 6. bis 8. August in Bad Kreuznach statt.

Wiesbaden-Bierstadt.

Die Getreideernte hat zu Beginn dieser Woche ihren Anfang genommen. Selbst günstiges Wetter vorausgesetzt, wird sie sich in die Länge ziehen, da besonders das Wintergetreide am Boden liegt und zum Teil stark überwachsen ist.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

• Kurhaus. Sonntag finden 11½ Uhr im Kurgarten ein Promenadenkonzert des Autorkonzerts; 16 Uhr Konzert und 20 Uhr unter Leitung von Kapellmeister H. Albert ein „Russischer Abend“ statt. — Das Abend-

Wie die Reichstagswahlstimmen gezählt werden.

Wie der Wahlakt geschlossen wird. — Fieberhafte Arbeit in 68 000 Wahllokale. — Das Zählungsprotokoll. — Möglichst schnelle Weiterleitung an die übergeordneten Stellen. — Die ungültigen Stimmen. — Die Arbeit der 35 Wahlkreise.

Am Sonntagabend, wenn die Stunde herangekommen ist, wo der Wahlakt sein Ende erreicht hat, wird von den Vorsitzenden der 68 000 deutschen Reichstagswahllokale die Tatsache festgestellt, daß nunmehr weitere Wähler nicht zugelassen werden können. Die Zeit wird genau mit der Uhr festgestellt, damit Beschwerden und Einwendungen nicht möglich sind. Fieberhaft wird nun gearbeitet, denn das Volk wartet mit größter Erregung auf das Ergebnis der Stimmgählung. In jedem Wahllokal müssen zuerst selbstverständlich die Umschläge, die sich in der Wahlurne befinden, von den Vorsitzenden in Gegenwart der Beisitzer herausgenommen werden. Kein Umschlag darf in der Urne zurückbleiben. Nun werden die Umschläge gezählt, ob ihre Zahl mit der der von dem Wahlleiter in den Wahllisten vermerkten übereinstimmt. Bei jedem Wähler wird in den Wahllisten eine Bemerkung gemacht, nachdem er die Wahl vollzogen hat. Diese Anmerkungen, die meist in einem Kreuz bestehen, werden zusammengezählt. Im allgemeinen stimmen die beiden Zahlen überein. Da aber Irrtümer möglich sind, so müssen die Zahlen verglichen werden. Nun werden die Umschläge geöffnet und aus ihnen die Stimmzettel entnommen. Jetzt werden sie nach Parteien geordnet, während die ungültigen Stimmen in einem Kuvert vereinigt werden. Es erfolgt dann eine Prüfung, ob tatsächlich alle Stimmen, die einer Partei gehören, richtig zusammengebracht worden sind. Alle diese Arbeiten müssen sehr sorgfältig gemacht werden, da von ihnen unter Umständen sehr viel für den Ausgang der Wahl abhängen kann. Von allen diesen einzelnen Handlungen wird in jedem Wahllokal ein Protokoll aufgenommen, das genau die Stimmen verzeichnet, die jeder Partei zukommen, sowie die ungültigen. Das Protokoll wird nun von dem Wahlvorstand und den Beisitzern unterschrieben. Da in jedem Wahllokal nur verhältnismäßig wenig Stimmen abgegeben werden in Anbetracht der Gesamtzahl von mehr als 44 Millionen Wählern, so kann diese Arbeit ziemlich schnell erledigt werden, auch wenn, wie es notwendig ist, die größte Sorgfalt dabei beachtet wird. Durch eine sinnreiche Organisation

ist es ermöglicht, daß alle diese Stimmen sehr schnell zu einem Mittelpunkt zufließen, von dem aus dann die Mitteilungen an die Öffentlichkeit erfolgen. Die Wahllokale leiten ihre Ergebnisse den Bezirken zu, von hier aus kommen sie auf dem Umweg über die Magistrate oder Landräte zu den Leitern der 35 Wahlkreise. Jeder Wahlkreis hat sein Recht von Wahllokale. Die Gesamtarbeit ist auf diese Weise auf 33 verschiedene Mittelpunkte verteilt. Wenn alle Stimmen aus einem Wahlkreis gezählt sind, dann kann das Gesamtergebnis dieses betreffenden Wahlkreises der Öffentlichkeit kundgegeben werden. Die ersten Nachrichten, die durch den Rundfunk verbreitet werden, sind selbstverständlich nur lückenhaft. Erst wenn große Teilergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen vorliegen, kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie die Gesamtwahl in diesem Wahlkreis ausgefallen ist, vorausgesetzt, daß man sehr neugierig ist und die Ergebnisse nicht abwarten kann. Es ist eine eigenartige Beobachtung gemacht worden, daß die Gesamtergebnisse ungefähr so ausfallen, wie große Teilergebnisse. Die Verhältnisse zwischen den Parteien bleiben in großen Linien dieselben, obgleich es noch möglich ist, daß sich an manchen Orten diese Zahlen verschieben. Die Gesetze der Statistik sind, wie sich auch aus diesen Beispielen ergibt, rätselhaft. Trotzdem kann natürlich ein Ergebnis durch ganz andere Zahlen, die in einem großen Bezirk festgestellt wurden, eine starke Wandlung zu Gunsten der einen oder anderen Partei erfahren. Es geschieht aber nicht häufig. Von der Geheimhaltung, mit der die Zählungen in den einzelnen Bezirken erfolgen, hängt es ab, wie schnell die Öffentlichkeit von dem Ausfall der Wahl unterrichtet wird. Es gibt „Reformwahllokale“, wie zum Beispiel das Wahllokal auf der Zugspitze, das meistens zuerst seine Ergebnisse meldet. Andere wiederum sind bekannte Trübsalströme und bringen ihre Nachrichten spät. So kommt allmählich bis 12 Uhr nachts das erste nichtamtliche Ergebnis zustande. Das amtliche Wahlergebnis dagegen wird vom Reichswahlprüfungsausschuss festgestellt, dem die 35 Wahlkreise ihre Zahlen zuleiten.

Konzert am Montag wird ausgeführt von der Wiesbadener Orchestervereinigung und bringt im Programm Militärmusik. — Das Trauungswitzer Operetten-Theater veranstaltet zum Abschluß seiner diesjährigen Gastspielzeit wiederum im Kurhaus einen bunten Abend, und zwar am Dienstag, 20. Uhr. — Der nächste Tanz-See ist für Montag angelegt. — Der Gesellschaftsspaßiergang am Dienstag führt zum Weilburger Tal-Rheinblick. Treffpunkt 14½ Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Die nächste Rheinfahrt der Kurverwaltung nach Rüdesheim-Almshausen ist für Donnerstag, 4. August, vorgesehen.

Ausdehnung des Gemüsebaues.

Besonders in Hessen-Nassau.

Die Bemühungen um eine Leistungssteigerung in der deutschen Landwirtschaft haben auch im Gemüsebau besonders große Erfolge zu verzeichnen. Allerdings ist es nicht möglich, eine Erhebung über die Anbauflächen in allen Ländern anzustellen, da hierfür bis jetzt nur Preußen gewisse statistische Vorarbeiten geleistet hat. Und in den preussischen Provinzen ist ganz allgemein ein erheblicher Anstieg des Gemüsebaus festzustellen. Der besonders stark in der Rheinprovinz, in Hessen-Nassau, in der Provinz Sachsen und in Brandenburg ist. Dagegen ist die Ausdehnung in den an sich so ausgeprägten Gemüsebaugebieten, wie Schleswig-Holstein und Südniedersachsen bedeutend geringer, was von den zuständigen Stellen auf die Notlage zurückgeführt wird, die zu einer Verringerung der Anbaufläche gezwungen hat. So ist der Weißkohlbaubau im Dithmarschen und in Schleswig-Holstein, den größten deutschen Weißkohlbaugebieten, ganz erheblich zurückgegangen. Fast einheitlich kann eine starke Zunahme der Anbaufläche für Spargel festgestellt werden. Während hierfür noch im Jahre 1927 nur 6800 Hektar an Fläche verzeichnet wurden, war das Spargelanbaugelände in den Hauptanbaugeländen zu Beginn dieses Erntejahres nahezu 12 000 Hektar groß. Ein ähnliches Anwachsen ist beim Anbau von Blumenkohl zu verzeichnen, der in den gleichen Gebieten und Jahren von 898 Hektar um 923 Hektar angestiegen ist. Der Anbau von Erdbeeren hat sich ebenfalls verdoppelt und umfaßt jetzt eine Fläche von 2120 Hektar. Eine ähnlich starke Ausdehnung ist bei den grünen Pflücksalaten und beim Rotkohlbaubau festzustellen, während die Anbaufläche bei den grünen Pflücksalaten, bei Möhren, Karotten und Meerrettich abgenommen hat. Jedenfalls ist durch diese starke Anbauvermehrung in erheblichem Maße die deutsche Selbstversorgung sichergestellt. Das bedingt naturgemäß auf der anderen Seite eine gewisse Drosselung der Gemüse-Einfuhr, die ja zurzeit auch im Rahmen der agrarpolitischen Erörterungen des Reichskabinetts erwohnen wird. Hier will man auf eine Kontingentierung der Einfuhr, insbesondere beim Blumenkohl, bei Tomaten und Bohnen und anderen Gemüsearten hinaus, was aber zurzeit noch Gegenstand eingehender Beratungen seitens der zuständigen Stellen ist.

Pferdefuhrwerk vom Fernschnellzug überfahren.

Pferd und Reiter getötet.

— Frankfurt a. M., 29. Juli. In der vergangenen Nacht kurz nach 23 Uhr wurde auf dem Bahnkörper auf freier Strecke zwischen den Bahnhöfen Mainz und Biebsheim ein Kumpenheimer ein Pferdewagen von Niederdorfelden von einem Fernschnellzug überfahren. Der Fahrer und das Pferd wurden getötet. An der Unfallstelle befindet sich kein Uebergang. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Fuhrmann mit seinem Wagen den Ort Biebsheim umfahren wollte und in der Dunkelheit einen Weg fuhr, der neben dem Bahnkörper herläuft und stumpf endet. An dieser Stelle scheint der Fuhrmann gewendet und dabei auf den Bahnkörper geraten zu sein, auf dem ein Fernschnellzug aus Richtung Hanau herankam, der den Wagen erfasst und zur Seite gleitend hat. Der Fuhrmann, ein Herr Wiegand aus Niederdorfelden, und das Pferd wurden sofort getötet.

Internationale Hotelier-Tagung.

Der Internationale Hotelierverein, der vor 60 Jahren in Köln ins Leben gerufen wurde und der seit dieser Zeit in Köln seinen Sitz hat, hielt unter dem Vorsitz von Generaldirektor Sir Francis Towle-London im Haag seine diesjährige Aufsichtsratsversammlung, die auch von deutschen Teilnehmern besucht war. Sir Towle hob hervor, daß Reisen kein Luxus sei, weshalb man auch endlich seitens der Regierungen an eine Aufhebung aller des Reisens hindernden und störenden Bestimmungen denken sollte. Generaldirektor Alexander Intra-Quisburg betonte, daß das Hotelgewerbe keineswegs einseitig und eigenwillig nur seine eigenen Räte herausstelle und kein Verständnis für die allgemeine Wirtschaftslage, für die Schwierigkeiten der Regierungen und die Belange der Öffentlichkeit hätte. Das Gegenteil sei der Fall, aber deshalb sei um so mehr eine vernunftgemäße, im wohlverstandenen Interesse der gesamten Öffentlichkeit liegende Rücksichtnahme auf das Hotelwesen angebracht. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Leiter des Ahlenhorster Fährhauses, J. Schwenkler-Hamburg. — An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen deutschen Vizepräsidenten Kommerzienrat Rosenhagen-Erfurt wurde Generaldirektor Otto König-Bonn gewählt. Syndikus Dr. Blömers-Köln gab den Geschäftsbericht und betonte dabei, daß der Verein trotz großer Einschränkungen und der notwendigen Einsparungen zufolge der Wirtschaftskrise an dem Grundsatz festhielt, die Dienstleistungen für die Mitglieder der verschiedenen, ganz im Dienste der Mitglieder stehenden Ausfunftsabteilungen weiter auszubauen. In längeren Ausführungen verbreitete man sich über die Preissteigerung. Vizepräsident J. Amaretti-Mailand empfahl an Stelle genereller Preisermäßigung die Einführung von Krifenpreisen. Aber die zurzeit bestehenden Devisenverordnungen der einzelnen Länder und ihre Rückwirkung auf den gesamten internationalen Fremdenverkehr sprach Syndikus Dr. Blömers. Bekanntlich bestehen nicht nur in Deutschland, sondern in 18 Ländern Einschränkungen bezüglich der Mitnahme von Devisen bei der Ausreise aus dem eigenen Land. Das internationale Hotelgewerbe und mit ihm an der Spitze der I. H. V. hat eine derartige Entwicklung nur mit großem Bedauern und teilweise auch mit großem Befremden zur Kenntnis nehmen können. Es wurde beschlossen, alles für eine Wiederbelebung und Aufhebung des Fremdenverkehrs zu tun. Der diesjährige Kongress des I. H. V. wird in einem europäischen Lande stattfinden, dessen Bestimmung noch vorbehalten blieb.

Die Bluttat im Schwanheimer Wald.

Tötung auf Verlangen?

— Frankfurt a. M., 29. Juli. Der Optiker Wilhelm Wied aus Münster bei Stuttgart, der in der Nacht zum Mittwoch die 18jährige Elise Römpel im Schwanheimer Walde tötete, gab in einem Verhöre am Freitag eine eingehende Darstellung von der Vorgeschichte des Mordes. Wied, der sehr gesagt und sicher auftrat, beteuerte immer und immer wieder, daß er das Mädchen auf dessen ausdrückliches Verlangen getötet habe. Die Elise habe er auf dem Festplatz kennen gelernt. Dann habe sie ihn am Dienstag, als er abreisen wollte, in seine Wohnung begleitet. Hier habe sie an ihn eindringlich das Verlangen gestellt, sie zu töten. Sie habe sogar Abschiedsbriefe geschrieben. Darauf seien sie in den Schwanheimer Wald gegangen. Schließlich habe er dem stürmischen Drängen auf Tötung nachgegeben und das Mädchen durch zwei Schnitte mit dem Rasiermesser getötet. Er selbst habe niemals die Absicht gehabt, sich selbst zu entleeren. Dann sei er nach Frankfurt zurückgekehrt. Doch sei er Mittwochnachmittag noch einmal an den Ort der Tat zurückgekehrt, um zu sehen, ob die Leiche noch nicht gefunden sei. Nun irrte Wied nach seinen Angaben planlos durch die Stadt, hielt sich auch längere Zeit im Bahnhof auf. Freitagfrüh gegen 2 Uhr hat er sich dann auf einem Revier in der Altstadt gestellt.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Selbstmord oder Verbrechen?

— Mainz, 29. Juli. An der Landstraße Gonzenheim-Heidesheim wurde die Leiche eines 27jährigen Agenten von Heidesheim, zuletzt in Mainz wohnhaft, liegend an einem niedrigen Baum erhängt aufgefunden. Da die Angehörigen einen Selbstmord für ausgeschlossen halten, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft eine Sektion der Leiche angeordnet zur Feststellung, ob nicht vielleicht ein Verbrechen vorliegt.

Der Etat des Landkreises Marburg genehmigt.

— Marburg, 29. Juli. In einer siebenstündigen Dauer-sitzung beschäftigte sich gestern der Kreistag des Landkreises Marburg mit dem Haushaltsplan für 1932, der eine sehr starke weitere Verkleinerung der dem Kreise zur Verfügung stehenden Einnahmen aufweist, trotzdem auf dem Gebiete der Wohlfahrtsverbesserung eine ganz erhebliche Steigerung der Ausgaben gegenüber 1931 zu erwarten ist. Die Gesamteinnahme und Gesamtausgabe beträgt 929.603 M. Einnahmen und Ausgaben gleichen sich also aus. Wie Landrat Schwebel mitteilte, sind gegenwärtig im Landkreis Marburg 28 Unternehmungen des freiwilligen Arbeitsdienstes, meist Sportplatzbauten und Restaurierungen, im Gange. Es handele sich um 224 Wochen- und 27 018 Tagewerke, wodurch 447 Erwerbslose beschäftigt würden und 52 178 M. an kreisangehörige Arbeiter fließen. Geplant sei weiter eine Regulierung der Lohn bei Cadern auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes. Zwecks Fortführung der Lohnregulierung bei Roth, die noch 90 000 M. erforderten, seien Verhandlungen zwecks Finanzierung im Gange. Der Etat wurde gegen die Stimme des nationalsozialistischen Abgeordneten angenommen, nachdem dieser noch seinen Antrag, den Kreistag aufzulösen, zurückgezogen hatte.

Großes Schadenfeuer in Kassel.

— Kassel, 29. Juli. In einer Großgarage brach Freitagabend Feuer aus, das bald das ganze Gebäude in Flammen setzte. Die gesamte Kasseler Feuerwehr mußte ausrücken und bekämpfte den Brand aus 12 Schlauchleitungen. Während die unterstellten 70 Kraftwagen bis auf einen gerettet werden konnten, griff das Feuer auf ein benachbartes Lagerhaus über und vernichtete über eine Million dort aufgestapelter christlicher Kalender der Druckerei Pillard.

— Nordenstadt, 29. Juli. Am heutigen Samstag begeht der hiesige Gastwirt Karl Diefenbach in Kriese seinen 70. Geburtstag, ebenso der Landwirt Georg Koll, Kirch-gasse 3, wohnhaft.

— Idstein, 29. Juli. Der Haushaltsplan der Stadt Idstein ist in der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch mit 7 gegen 1 Stimme bei 5 Enthaltungen angenommen. Der Etat schließt ab in Einnahmen mit 425 641 M., in Ausgabe mit 494 671 M., so daß also ein ungedeckter Fehlbetrag von 69 030 M. vorhanden ist.

— Mellungen, 28. Juli. Beim Kirchengeläuten stürzte in dem Garten des in der Nähe der Stadt gelegenen Bahnhofs wohnenden Arnold Wilhelm, der dort zum Besuch weilte, vom Baum auf den Kopf seiner 75jährigen Mutter, die unter dem Baum stand, um die Kirchenglocken in Empfang zu nehmen. Der Frau wurde das Genick gebrochen, so daß der Tod sofort eintrat.

Gerichtssaal.

Der Münzfälscher Salaban vor Gericht.

Angeklagt wegen Münzverbrechens und Führung eines falschen Titels.

Berlin, 29. Juli. Vor dem Landgericht begann heute vormittag die Verhandlung gegen Salaban und seine Frau. Der angeklagte Dr. Cornel Salaban hatte in seiner Lichterfelder Villa in großem Umfang falsche Zweimarkstücke angefertigt, die von seiner Ehefrau auf Berliner Wochenmärkten in Verkehr gebracht wurden. Die Anklage gegen Salaban lautet nicht nur auf Münzverbrechen, sondern auch auf Führung eines falschen Titels. Er hat sich nämlich fälschlich als „Dr. jur.“ ausgegeben. Als Salaban und seine Frau aus dem Untersuchungsgefängnis in den Anklageraum geführt wurden, rief Salaban sofort erregt in den Saal hinein: „Was ist das für eine Witzschachtel, der Vorstehende hat pünktlich zu sein!“ Das Verhalten des Angeklagten deutet überhaupt darauf hin, daß er in diesem Prozeß um die Zubilligung des § 51 mit allen Mitteln kämpfen wird. Frau Salaban brach bei ihrer Vernehmung in Schreien aus. Ihr Mann umarmte sie und versuchte, sie zu trösten, während der Vorstehende beruhigend auf sie einsprach.

Der Angeklagte schildert seine Tätigkeit.

Bei der Fortsetzung der Verhandlung erzählt der Angeklagte Gelegenheit, sich über seine Tätigkeit zu äußern. Die Art und Weise, wie Salaban seine Darstellung vorträgt, berührt eigenartig und peinlich. Neben festigen Ausfällen gegen die Sachverständigen, die ihn auf seinen Geisteszustand untersucht haben, und gegen den Vertreter der Anklagebehörde macht er oft zusammenhangslose Redensarten, die der Vorstehende immer wieder mit großer Geduld passieren läßt. Immer wieder gewinnt der Ankläger aus der Art und Weise des Vortrages den Eindruck, daß Salaban den geistig Beschränkten oder geistig Jerrüteten spielt, um den Schutz des § 51 für sich zu gewinnen. Der Angeklagte erklärt u. a., daß er im Dämmerzustand auch konfuse Briefe an seine Frau geschrieben habe. Einige dieser Briefe werden verlesen. Der Sachverständige Dr. Störmer hat in einem früheren Gutachten über diese Briefe und Telegramme ähnlichen Inhaltes sich geäußert, sie seien offenbar mit bewusster Absicht von Salaban produziert worden, um ihm die Verurteilung auf den § 51 zu ermöglichen.

Auf die Frage des Vorstehenden, ob die Mitangeklagte Frau Salaban um das zur Anklage stehende Münzverbrechen gewußt habe, gibt Salaban dies unumwunden zu. Er schildert dann, wie er dazu gekommen sei, falsche Zweimarkstücke herzustellen, nicht ohne indessen wieder den Gestörten zu spielen, indem er bombastisch erklärt: „Es muß der Teufel gewesen sein, der geradezu mich gezwungen hat, das Experiment mit Zweimarkstücken zu machen. Sie sind so ausgezeichnet gelungen, daß es nur Teufelswerk sein kann.“

Die Verurteilung der angeklagten Frau Salaban ergibt, abgesehen von einigen unwesentlichen Widersprüchen, nichts Bemerkenswertes. Nachdem das Gericht dann noch kurz die Zeugen vernommen hat, die den Angeklagten und das Material geliefert haben, beschließt das Gericht, die Öffentlichkeit für den Teil der Verhand-

lung auszuschließen, in dem die technischen Einzelheiten der Falschgeldherstellung erörtert werden.

Selbstmordversuch Salabans?

Im weiteren Verlauf des Prozesses erstattete der medizinische Sachverständige Dr. Panse sein Gutachten, demzufolge die Anwendung des § 51 nicht in Frage komme. Nach Beendigung der Ausführungen des Sachverständigen rief ihm der Angeklagte zu: „Herr Doktor, ich habe Ihnen doch gesagt, daß Sie drei Menschenleben auf dem Gewissen haben würden; jetzt ist es so weit.“ Dann stieß der Angeklagte etwas in den Mund und rief: „Das sind Ihre Veronal-tabletten!“ Der Vorstehende unterbrach sofort die Sitzung und ließ Salaban durch Justizwachtmeister abführen.

Die Ärzte sollen jetzt feststellen, ob der Angeklagte tatsächlich eine größere Dosis Veronal eingenommen oder ob er nur einen Selbstmordversuch vorgetäuscht hat.

Weiterverhandlung ohne den Angeklagten.

Nach halbstündiger Unterbrechung wurde die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten Sala-

ban wieder eröffnet. Dr. Panse berichtete dem Gericht, daß eine Magenpumpung bei Salaban vorgenommen worden sei. Er habe eine große Menge Tabletten eingenommen. Um was es sich handele, stehe nicht fest, wahrscheinlich sei es Luminal. Ohne weitere Beratung beschloß das Gericht, in Abwesenheit des Angeklagten zu verhandeln, da er sich durch sein vorläufiges Handeln dem Gange der Rechtspflege entgegenstellt habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen Salaban wegen Münzverbrechens unter Verfolgung mildernder Umstände fünf Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust und gegen Frau Salaban unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Münzverbrechens zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Fünf Jahre Zuchthaus für Salaban.

Der Münzfälscher Salaban wurde heute in später Abendstunde zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Frau erhielt ein Jahr Gefängnis.

Bäume und ihre Geheimnisse.

Neue Forschungen. — Neue Wunder. — Blick in eine technische Werkstatt der Natur.

Von Direktor Dr. Popoffsky.

Von Regenwasser auf Baumkronen.

Wenn uns im Wald ein Platzregen überrascht, suchen wir uns einen geeigneten Baum als Regenschirm. Kiefer und Birke mit ihren schütterten Kronen erweisen sich als ungeeignet, besser sind schon Fichte und Niefer. Als Schutzbäume besser Art kennen wir Ahorn, Buche, Eiche und Linde. Riegler hat den Verbleib des Regenwassers, das die Krone unserer häufigsten Waldbäume trifft, messend verfolgt und gefunden, daß bei Fichten fast $\frac{1}{2}$, bei Buchen $\frac{1}{3}$, bei Eichen etwa $\frac{1}{4}$ des Regengusses in der Krone hängen bleibt und erfahrungsgemäß dem Kreislauf des Wassers schnell wieder durch Verdunstung zugeführt wird.

Wieviel Blätter hat der Baum?

Man kann sich leicht einen schätzenswerten Überblick über die Gesamtblattoberfläche eines Baumes verschaffen, wenn man von einem Versuchszweig die Fläche (mit Millimeterpapier) und Zahl der großen, mittleren und kleinen Blätter feststellt und darauf schätzensweise die Zahl der Blätter der gesamten Laubkrone. Das Ergebnis ist ein verblüffendes. Knuhel fand als genaue Werte bei einer Buche von etwa ein Drittel Meter Stammdurchmesser 119 000 Blätter, ebenso starke Fichten hatten sogar 20 Millionen und mehr Nadeln. In eine Fläche zusammengelegt, würde die besagte Buche eine verdunstende Blattfläche (Ober- und Unterseite der Blätter) von 285 Quadratmeter besitzen, das ist ein Quadrat von fast 17 Meter Kantlänge.

So leicht und zierlich die grünen Blattwimper uns erscheinen, so stellen die gesamten Blätter eines Baumes doch eine beträchtliche Menge Laub dar. Ein Hektar Buchenwald bringt jährlich etwa 5000 Kilogramm Laub. Das sind fünf Tonnen! Über die Hälfte davon ist allerdings Wasser, der Rest etwa 2 Tonnen, trockenes Laubheu. Ein Hektar guter Wiehe liefert einen jährlichen Ertrag an lufttrockenem Heu von $1\frac{1}{2}$ Tonnen; der Waldertrag an Laubheu ist also beträchtlich höher.

Der ausgetrunken See.

Durch einfache Rechnerische kann sich jeder von dem gewaltigen Wasserverbrauch der Waldbäume überzeugen. Für die Buche findet man im Laufe eines Jahres für jeden Quadratmeter Blattfläche die beträchtliche Zahl von 60 Liter, das sind etwa 6 Eimer für eine Fläche, kleiner als ein normaler Wohnzimmertisch. Dann kann es uns nicht mehr in Erstaunen setzen, wenn — wie eine einfache Rechnung aus den schon erwähnten Zahlen ergibt. — 1 Hektar Laub- (Buchen-) wald jährlich durch die Blätter eine Wassermenge von 1800 bis 2000 Kubikmetern in die Luft aushaucht. Rechnet man den jährlichen Wasserverbrauch von einem Hektar Wald in eine den Boden der Bestandsfläche bedeckende Wasserhöhe um, so ergibt sich nach Vater, daß ein geschlossener Bestand von mehr als hundertjährigen Buchen im Laufe eines Jahres einen See austrinkt von 100 Meter Länge, 100 Meter Breite und fast 30 Zentimeter Tiefe! In Gegenden, wo nicht durchschnittlich 15 Zentimeter Regenfälle jährlich zu verzeichnen sind, wird also das Gedeihen von Wäldern unmöglich, Steppen und Wüsten bedecken dort das Antlitz der Erde.

6,5 Billionen Kubikmeter Wasser werden Dampf und Wolken.

Schon aus diesen Zahlen erhellt die ungeheure Bedeutung des Waldes für den Kreislauf des Wassers, er ist ein wichtiges Glied in der atmosphärischen Maschine zum Um-

trieb des Wassers auf der Erde. Zumal wenn man berücksichtigt, daß die Gesamtwaldoberfläche der Erde auf 4,3 Millionen Hektar geschätzt wird. Bei einer mittleren jährlichen Verdunstung von 1500 Kubikmetern (bei immergrünen tropischen Wäldern mehr bei Nadelwäldern weniger) Wasser auf den Hektar würde durch die Wälder der Erde eine Wasserflut von rund $6\frac{1}{2}$ Billionen Kubikmeter in Dampf und Wolkenfeuchtigkeit verwandelt.

Der Waldbestand der Erde leitet also jährlich ein Meer von Wasser in Umlauf, das bei durchschnittlich 10 Meter Tiefe mit seinen rund 640 000 Quadratkilometern eine größere Fläche bedecken würde als das Deutsche Reich von 1914, ja sogar größer als die Nordsee, die nur 575 300 Quadratkilometer Fläche einnimmt. Darum Schutz dem Walde, vor allem dem deutschen Wald! Denn, die ihm entströmende Feuchtigkeit beeinflusst u. a. das Klima, gibt Regen und Fruchtbarkeit.

Bäume als technische Wunder.

Geradezu ans Wunderbare grenzt es aber, wie die Waldbäume mit feinstem Spürsinn das Wasser im Boden aufsuchen, wie sie als unvergleichliche Techniker den Wasserstrom einfangen und den chemischen Laboratorien, den Blättern zu leiten. An einem einjährigen Kiefernkeimling, der vorsichtig mit der Muttererde herausgehoben und in Wasser abgespült wird, erkennen wir mit der Lupe, besser noch mit dem Mikroskop, ein unendlich feines Gewirr von Wurzeln, die, aneinandergelagert, bei der kaum fingerlangen Pflanze schon mehr als 10 Meter betragen und bis zu 90 Zentimeter tief in den Erdboden reichen. Beim erwachsenen Baum hat das Wurzelgeflecht, besonders durch die unendlich vielen zarten Wurzelhaare, eine Länge, die der Entfernung von Magdeburg nach Berlin gleichkommen mag. Und wo diese nicht ausreichen — das ist bei den meisten Waldbäumen der Fall — werden Pflanzensymbiosen mit den Pilzfäden im Waldboden geschlossen, die die Wurzeln der Bäume dicht umwahren und nachweislich Wasserzufuhr sind. Je schneller die Verdunstung vor sich geht, um so mehr Wasser muß von den Wurzeln aufsteigen. Die Geschwindigkeit dieses nach aufwärts gerichteten Wasserstromes läßt sich mit Zweigen, die in gefärbte Flüssigkeit eingetaucht sind, leicht nachweisen. Sie beträgt bei Laub- und Nadelbäumen etwa 2 Meter in der Stunde. Manche „Wasserläufer“ wie der Kürbis bringen es sogar auf Rekord von 6 Meter.

Die „Wasserleitung“ der Buche.

Die tätigen Wasserleitungsbahnen liegen in den äußersten Holzschichten. Jeder hat schon die Jahresringe an einem abgeägten Baum gesehen. Wie würde er aber erst staunen, wenn ihm ein Blick durchs Mikroskop auf die Holzmasse vergönnt wäre. Außer anderen Holzelementen, druck- und zugfesten Fasern, lebenden Holzzellen, sieht er, dicht bei dicht gepackt, eine Unzahl feinsten Haarröhrchen. Hartig zählte auf dem Quadratmillimeter jüngsten wasserleitenden Buchenholzes 175 solcher Wassertröhrchen von unendlicher Zartheit. Ihre lichte Weite beträgt wenig mehr als $\frac{1}{1000}$ Millimeter. Mehr als 200 000 fanden sich in einem Jahresring. In diesen Millionen hauchfeiner „Gefäße“ strebt das von den Wurzeln aufgenommene Wasser den Blättern zu. Durch welche Kräfte die Pflanze das bewerkstelligt, ist vorläufig noch ihr Geheimnis, von dem die Wissenschaft soeben die ersten Schleier gelüftet hat.

Eisenbahnunglück bei Dirschau.

Etwa 50 Verletzte.

Aus Danzig wird gemeldet: Am Freitagvormittag gegen 11 Uhr ereignete sich bei Dirschau zwischen den Stationen Markau und Subkau ein schweres Eisenbahnunglück. Von einem Sonderzuge, der mit Teilnehmern an dem Fest des Meeres, das am Sonntag in Gdingen stattfindet, besetzt war, rissen sich die letzten fünf Waggons los und sprangen aus den Schienen. Der Zug hatte an der Unfallstelle eine Geschwindigkeit von etwa 80 Kilometer. Die ersten beiden der entgleisten Waggons wurden schwer beschädigt. Von den Passagieren wurden etwa 50 verletzt, darunter fünf schwer; zahlreiche Reisende erlitten Hautabschürfungen und Verletzungen durch Glassplitter. Von Dirschau wurde sofort ein Rettungszug an die Unglücksstelle entsandt, der die Verletzten nach Dirschau transportierte. Da die Strecke zweigleisig ist, konnte der Verkehr aufrechterhalten werden.

Die Katastrophe soll durch den ersten der entgleisten Waggons herbeigeführt worden sein, dessen Fahrgeleise reparaturbedürftig war. Dieser Fehler soll auch bereits auf einer Station bemerkt worden sein. Nach einer anderen Version waren die Eisenbahnschwellen auf der Strecke sehr morsch. Der Materialschaden ist sehr groß.

Bergsteiger-Untergang. Im Kaisergebirge sind am 27. Juli zwei Münchener Bergsteiger, Fritz Tremmel und Martin Lechner, verunglückt. Tremmel stürzte tödlich ab, während sich Lechner nur leichte Verletzungen zuzog. Die beiden wurden zu Tal gebracht. Die Leiche des Tremmel wird nach München übergeführt.

Ungeklärter Waffentransport an der holländisch-deutschen Grenze. Wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen für den Transport von Waffen wurde in Emmenich von der Polizei eine Waffens- und Munitionsendung für eine Firma in Arnheim (Holland) angehalten. Die Sendung, die aus Trommelrevolvern und Gewehrpatronen bestand, wurde sichergestellt. Die Ermittlungen zur Regelung der Angelegenheit sind von deutscher und holländischer Seite aufgenommen worden.

Verhaftungen in der Dransfelder Sprengstoffaffäre. Die hannoversche Kriminalpolizei hat in Hannover-Münden zwei Personen unter dem dringenden Verdacht verhaftet, an dem Sprengstoffdiebstahl auf dem Hohen Hagen beteiligt gewesen zu sein. Die Polizei erklärt, daß sie vorläufig noch keine erschöpfende Auskunft geben und daß auch vorläufig den beiden Verhafteten eine Mittäterschaft noch nicht nachgewiesen werden könne. Auch ist bislang kein Sprengstoff in dem Besitz der Verhafteten gefunden worden. Die Untersuchung geht weiter. Einem der beiden Verhafteten gehört ein Auto, das in Dransfeld gesehen worden sein soll, wodurch der Verdacht entstanden ist.

Feuergefecht mit Schwerverbrechern in Dresden. Kriminal- und Schupolizebeamten in Dresden gelang es am Freitagvormittag, zwei langgejagte Verbrecher, den Arbeiter Friedrich Hoffmann aus Schönebeck und den Fleischer Karl Matzen aus Ortelburg zu stellen. Hoffmann trat dem Beamten sofort mit geladener Schusswaffe entgegen und mußte von Kriminalbeamten durch zwei Schüsse kampfunfähig gemacht werden. Matzen entkam zunächst, konnte aber dann ebenfalls festgenommen werden. Hoffmann und Matzen haben eine Reihe von schweren Verbrechen in Sachsen und Preußen begangen.

Von Gronau in Ottawa gelandet. Nach einer Meldung der Associated Press ist der deutsche Flieger von Gronau am Freitag in Ottawa gelandet.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Finanzielles aus den Vereinigten Staaten. — Hollands Kampf gegen die Krise. — Katastrophale Wirtschafts-entwicklung in der Schweiz. — Die Konferenz von Ottawa. — Internationale landwirtschaftliche Zusammenarbeit.

Das Parlament der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat alle Anträge auf größere Ausweitung des Kredites und Notenumlaufes abgelehnt. Angenommen wurde nur die Glas-Booth-Bill, welche den National-Banks die Notenausgabe gegen Deckung durch Staatsfonds auf die Dauer von drei Jahren und in Höhe von ungefähr 4 Milliarden RM gestattet. Nicht nur die Banken, sondern auch die offiziellen Regierungskreise sind aber auch gegen diese beschränkte Ausweitung des Notenumlaufes, und Präsident Hoover hat sich bis jetzt noch nicht zur Verlängerung des Gesetzes entschließen können. Als Gegengewicht gegen die Politik der Banken, die bestrebt sind, die ihren Kunden gewährten Kredite abzubauen, wurde durch ein anderes Gesetz, die Warner-Garner-Bill, der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, direkt bei den Notenbanken Wechsel diskontieren zu können, was bisher nur auf dem Wege über Banken geschehen konnte. Nachdem die Rückzahlungen der ausländischen (besonders der französischen) Guthaben beendet sind, die einen Goldabfluß von etwa 4 Milliarden RM zur Folge hatten, beläuft sich heute der Goldbestand noch auf 13,9 Milliarden RM. Da der Notenumlauf 18,6 Milliarden RM beträgt, ist eine Notenbedeckung durch Gold von 75 Prozent vorhanden.

Es handelt sich also immerhin noch um eine außerordentlich hohe Golddeckung des Dollars. Da das amerikanische Parlament bis zum Dezember d. J. vertagt wurde, sind beunruhigende Maßnahmen von dieser Seite her für die nächsten Monate nicht zu befürchten. Interessanterweise scheint sich bereits eine Rückkehr von Gold nach den Vereinigten Staaten anzubahnen. Für private Rechnung haben bereits Versendungen von Gold nach New York stattgefunden. Alles in allem ist die Stimmung für den Dollar, die international — durchaus unzureichenderweise — vorübergehend etwas angetrieben war, wieder ausgesprochen fest geworden. Dies kommt besonders in Paris festzustellen, wo nicht nur der Dollarkurs anstieg, sondern sich auch Interesse für die niedriger liegenden Dollarbonds zeigte. Die Verschiebung in der amerikanischen Notenbedeckung von Gold und Dollars auf reine Golddeckung entspricht übrigens den gegenwärtigen Anschauungen, daß der reine Goldstandard die beste Lösung der Währungsfrage ist. Die Deckung durch Dollars hat ihre Schattenseiten gezeigt. Die finanziell starken Länder suchen daher ihre Devisenbestände nur auf einer für den laufenden internationalen Verkehr notwendigen Höhe zu halten.

Die Weltkrise hat bekanntlich auch die Länder nicht verschont, die lange Zeit das Ziel der internationalen Kapitalflucht waren. Dies gilt sowohl für die Schweiz als auch für Holland. Das holländische Zentralbankamt hat veröffentlichte dieser Tage zahlenmäßige Angaben über die holländische Wirtschaftsentwicklung, die beweisen, daß alle die, welche im Laufe der Nachkriegsjahre dort Geld anlegten, nunmehr ebenfalls die Wirkungen der Weltkrise verspüren müssen. Mehr als ein Drittel des privaten Kapitals ist in Holland in Wertpapieren angelegt. Nicht nur deren Kurse, sondern auch die Dividenden sind in den letzten zwei Jahren ganz gewaltig gesunken.

Wenn die 426 führenden holländischen Aktiengesellschaften 1931 alle zusammen nur noch eine Dividende von 23 Millionen RM zahlen konnten gegen 673 Millionen RM für das Jahr 1929, wenn die Dividende also auf 3,4 Prozent zurückging, dann sagen diese Zahlen mehr als alle Schilderungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren.

Handel und Landwirtschaft haben schwer zu leiden. Zu welchen Mitteln die holländische Regierung greifen mußte, um der Landwirtschaft einigermaßen gegen den dauernden und scharfen Rückgang der Preise einen Schutz zu bieten, zeigen folgende Maßnahmen: Um den Butterverbrauch zu steigern, muß Margarine einen bestimmten Prozentsatz Butter enthalten. Um den holländischen Weizenverbrauch zu erhöhen, muß beim Brotmehl ein Mischungsverhältnis eingehalten werden. Da die Viehzucht nicht mehr rentiert, erhalten die Landwirte für jede Milchkuh 1,28 RM wöchentlich und für jedes Schwein 85 Pf. wöchentlich als Subvention. Diese Subventionen und die Arbeitslosenunterstützungen auf der einen Seite, die erheblichen Einkommens- und Steuer-Rückgänge auf der anderen Seite bedrohen das Gleichgewicht des Staatshaushaltes. Damit dieses aber erhalten werden soll, will die holländische Regierung nicht die Steuern erhöhen, sondern die Ausgaben einschränken. Dies soll geschehen durch einen Abbau von 12 Prozent der Beamten, eine Gehaltskürzung um 8 Prozent für verheiratete und 13 Prozent für unverheiratete Beamte, durch Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 15 Prozent, durch Einstellung der Trockenlegungsarbeiten am Züdersee, durch Herabsetzung der Ausgaben für Militär- und Schulwesen. Als einzige neue Einnahmequelle ist eine Automobilverkehrssteuer vorgeschlagen, die aber vor allem den steigenden Wettbewerb des Autos mit der Bahn zugunsten der zwar privaten, aber vom Staate unterstützten Bahnen einschränken sollen.

Biel schlimmer noch als in Holland hat sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz gestaltet. Hier muß man geradezu von einer katastrophalen Wirtschaftsentwicklung sprechen. Vor einiger Zeit wurde schon einmal an dieser Stelle auf die enormen Einnahmehinbrüche bei den Schweizer Bahnen und Hotels hingewiesen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Fremdenverkehr, diese wichtige Einnahmequelle der Schweiz, noch bedeutend mehr abnahm, als in den schwärzesten Voranschlägen geschätzt worden war. Die Wirtschaftskrise in der ganzen Welt mußte naturgemäß auch eine harte Einschränkung der Ausgaben für Kur- und Vergnügungsreisen bringen.

Der Einnahmehinbruch der Schweizer Hotelindustrie, in der ein Kapital von 2 Milliarden Franken oder 1,6 Milliarden RM investiert ist, hat bereits in der Winterhalbjahre 1931/32 zwei Drittel der normalen Einnahmen weit überschritten.

Einem völligen Zusammenbruch konnte nur durch umfassende gesetzgeberische Maßnahmen gesteuert werden, die sich nicht nur auf die am stärksten in Mitleidenschaft gezogene Hotelindustrie, sondern auch auf die übrigen charakteristischen Industrien der Schweiz — Seiden-, Seiden- und Uhrenfabriken — beziehen. Zunächst ist eine Stundung für fällige Kapitalien bis zum Jahre 1941 verfügt worden. Die Zwangsabfuhrung aus rückständigen Zinsen ist aufgehoben. Ein Viertel der fälligen Hypothekenzinsen soll entweder gestrichen oder als Hypothek hinter den bereits bestehenden

eingetragen werden. Für die Zeit der Kapitalstundung, also bis 1941, kann die künftige Verzinsung des ungedeckten Kapitals überhaupt eingestellt werden! Als Auswirkung der scharfen Krise und der dadurch aufkommenen allseitigen Unsicherheit und Zurückhaltung ist der Kreditbedarf immer mehr zurückgegangen. Dies gilt für alle kurzfristigen, insbesondere die Wechsel-Kredite. Eine Ausnahme macht der langfristige Kredit, die Hypotheken vor allem haben eine starke Zunahme zu verzeichnen.

Wie schwer es ist, kurzfristige Gelder unterzubringen, zeigt der Zinsfuß für Kontokorrentkredit, der nach verschiedenen Ermäßigungen einen Tiefstand von nur 1/2 Prozent erreicht hat.

Daß dies aber nicht etwa die Folge einer fortschreitenden Kapitalbildung ist, sondern lediglich auf dem Darniederliegen der Geschäftstätigkeit beruht, geht eindeutig aus der von Monat zu Monat zurückgegangenen und heute völlig zusammengekrumpften Kasseinzahlungen bei den Banken hervor. Die früher für fast selbstverständlich gehaltenen laufenden Zunahmen der Konto- und Sparkonto-Einzahlen haben einen Punkt erreicht, bei dem leicht aus den positiven Ziffern negative werden können.

Die Konferenz von Ottawa will die englischen Autarkiebestrebungen auf die Dominions ausdehnen und in ein System bringen, das eine gewaltige, fast völlig gegen die übrige Welt abgeschlossene Wirtschaftsblockade als Ziel hat. Die Mittel dazu sind theoretisch einfach.

In erster Linie bestehen sie in radikalen Zollmaßnahmen innerhalb dieser Wirtschaftsunion und werden ergänzt durch Zollerhöhungen auf Wareneinfuhr aus anderen Ländern, so z. B. aus den Staaten des europäischen Kontinents.

Daß die deutschen Interessen von derartigen Maßnahmen empfindlich berührt würden, kann man allerdings nicht behaupten. Im Jahre 1931 gingen von der gesamten deutschen Ausfuhr nach England (einschließlich Irland) 12 Prozent, nach Britisch-Indien 1,8 Prozent, nach Britisch-Südafrika 0,7 Prozent, nach Kanada 0,5 Prozent und nach Ägypten, Australien und den sonstigen englischen Besitzungen je 0,4 Prozent. Im allerungünstigsten Falle sieht also für Deutschland ein Ausfuhrverlust von 16 Prozent aus dem Spiele. Dieser Prozentsatz wird aber keine praktische Bedeutung bei der Verlustgefahr erlangen, da einmal in der deutschen Ausfuhr eine Reihe von Waren enthalten sind, die keinen völligen Ausschluß zu befürchten haben und zum andern, weil die englisch-irische Spannung der deutschen Ausfuhr neue Möglichkeiten zu eröffnen scheint. In Nachstreifen ist man zudem der Ansicht, daß die englischen Bestrebungen auf Schaffung einer allbritischen Wirtschaftsunion sehr problematische seien. Es wird darauf verwiesen, daß z. B. Australien und Kanada und erst recht Indien kaum ihre eigene industrielle Tätigkeit zugunsten der englischen Industrie einschränken werden, daß diese drei Länder sogar noch bestrebt sind, ihre eigenen Industrien weiter auszubauen.

Wie erheblich die industriellen Investitionen in diesen Ländern aber bereits sind, geht allein aus der gewaltigen Summe von etwa 15 Milliarden RM hervor, die nach dem Kriege von England nach den Dominions geflossen

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Wenig günstige Aussichten für den Jahrgang 1932.

In den Weinbergen aller deutschen Weinbaugebiete sieht es augenblicklich nicht gut aus. Die Witterungsverhältnisse des ganzen Juli waren für die Reben wenig günstig. Viel zu schafen machen den Winzern die Anstöße und Schädlinge und es ist leider auch Heu- und Wurmschaden zu verzeichnen, während die Peronospora und die übrigen Schädlinge niedergebunden werden konnten. Unwetter und Hagelschlag haben im Rheingau in Ahmannshausen, an der Mittelmosel, in verschiedenen Bezirken Badens und in Teilen Rheinhessens geschadet. Der Winzer hofft darauf, daß der August ein gutes Wetter bringt.

Im freihändigen Weingehäuse haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß die Winzer angesichts der Lage zurückhalten. Bei mangelnden Beständen haben sich die Preise erhöht und sind allgemein ziemlich fest. Man bezahlte zuletzt in Rheinhessen für das Stück (1200 Liter) 1931er Rheinwein in Würzburg und Umgebung 380—420, Altheim 430—470 für verbesserte und 500 M. für naturreife Weine, Oppenheim für 1930er 650—700 M., im Sekt für 1931er 380—400, im süddeutschen Rheinhessen 410—440 M. An der Nahe kamen in unteren Gebieten, von Kreuznach nachabwärts, Abschläge zu 410—440 M. das Stück 1931er zustande. Im Rheingau wird kaum etwas verkauft. Für das Halbstück 1931er bezahlte man bei einzelnen Umsätzen im mittleren Gebiet 250—400, für 1930er 300—500 M. An der Mosel haben die Bestände wohl auch abgenommen, aber es lagern doch noch manche schöne Vorräte, darunter auch älterer Jahrgänge. An der oberen Mosel brachte das Fuder 1931er 260—280 M., im mittleren Gebiet erzielte das Fuder 1931er in Reften 370—500, Monzel 360—380, Pfann 360—370, Cues 400—430, Pieser 390—430, 1930er in Braunsberg 500—520, Pieser 420, 1931er Naturwein in Pieser bis 650 M.

Zusammenschluß in der deutschen Motorradindustrie.

NSU. — D-Kad.

Nachdem erst kürzlich durch Gründung der „Auto-Union AG.“ ein größerer Zusammenschluß in der mitteldeutschen Automobilindustrie zustande gekommen ist, hat sich jetzt auch in der deutschen Motorradindustrie eine bemerkenswerte Konzentration vollzogen. Die „NSU, Vereinigte Fahrzeugwerke AG.“, Kassel, und die „Deutschen Industriewerke“, Spandau, haben beschlossen, ihre Produktion und ihre Verkaufsorganisation zusammenzulegen. Unter der neuen Firma „NSU-D-Kad, Vereinigte Fahrzeugwerke AG.“ in Kassel wird in Zukunft nur noch in den Werkstätten in Kassel und in Kassel produziert werden. Die Eigenproduktion der „Deutschen Industriewerke“ ist ja bereits seit einiger Zeit eingestellt gewesen. Es sind noch etwa 1700 D-Käder vorhanden, das sind rund 1/2 des letztjährigen Gesamtbestandes an D-Kädern,

ist, um zum größten Teil zum Aufbau von Industrieunternehmen zu dienen.

Man darf aber auch die Folgen einer allbritischen Autarkiepolitik nicht zu gering einschätzen. Nicht nur die meisten europäischen Staaten, einschließlich Rußland, sondern vor allem auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und schließlich fast alle südamerikanischen Länder würden auf eine völlige Ausschließung von der Einfuhr nach England und seinen Dominions aller Vorräte nach mit den schärfsten Gegenmaßnahmen vorgehen. England könnte sich dadurch ganz gefährlich isolieren, seine Industrie würde dabei den Kürzeren ziehen. Vor allem aber würde England den Rest seiner früher beherrschenden Tätigkeit als Weltbankier, Schiffs- und Versicherungsunternehmer gänzlich verlieren. Es würde damit eine Position für immer veräußert gehen, der es in den Jahrzehnten des damals für England direkt charakteristischen Freihandels seinen Nachaufstieg und Reichtum verdankt.

Trotzdem schaden diese Versuche Englands mit einer neuen Wirtschaftsmethode gar nichts. Sie werden vielleicht dazu beitragen, daß die Welt schneller erkennt, daß die höchsten wirtschaftlichen Leistungen, der beste Güterausgleich nur möglich ist, wenn die in den Nachkriegsjahren bis in die letzten Tage überall errichteten Schranken eines ungehinderten Warenverkehrs von Nation zu Nation wieder eingerissen und beseitigt werden.

Ein Wirtschaftszweig, der in den letzten Jahren oft und gern nach Zollschranken rief, ist die Landwirtschaft. Dies gilt keineswegs von der deutschen Landwirtschaft allein. Überall in Ländern, wo mit der fortschreitenden Wirtschaftstrie Preise und Kaufkraft der Konsumenten fielen, erdachte der Ruf nach dem Schutz der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion. Weiter oben konnte ja erst wieder von den in Holland ergriffenen Maßnahmen berichtet werden, die der holländischen Landwirtschaft über die schlimme Zeit der Wirtschaftskrise hinweg helfen sollen. Aber allmählich hat auch die Landwirtschaft eingesehen, daß dieser Weg nicht der richtige, höchstens ein schlechter Notbehelf ist. Deutschland könnte viel billiger industriell produzieren, wenn nicht hohe Zölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Lebenshaltung und damit die Produktionskosten verteuern würden. Vor wenigen Tagen ging in Kassel eine internationale landwirtschaftliche Konferenz zu Ende, an der die Vertreter der Landwirtschaft aus 15 Ländern beteiligt waren.

Man hat zwar auch dort die Einführung von Subsidien oder Importkontingenten für vier wichtige landwirtschaftliche Produkte — Getreide, Holz, Zucker und Wein — propagiert, um „das ungeordnete Angebot von Massenprodukten des internationalen Verkehrs durch eine Regelung des Handels zu ersetzen“, aber einen wichtigen Raum innerhalb der viertägigen Verhandlungen nahm doch die Frage einer Verbesserung der wirtschaftlichen Methoden der Landwirtschaft ein.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen nicht nur Geschäfte mit dem Landwirt sondern auch für den Landwirt erledigen. Nach einem deutschen Bericht auf dieser Tagung über den Stand der Eierverwertung kann im Zusammenhang mit der genossenschaftlichen Eierverwertung gleichzeitig die systematische Leitung der Produktion, die Zusammenfassung des Angebotes und die Verwertung ausgiebig gestaltet werden. Überhaupt muß die Zukunft der landwirtschaftlichen Arbeit einer Vervollkommenung und Ausdehnung von Qualität garantierenden Markenerzeugnissen gehören.

Die neben den Patenten und der Verkaufsorganisation in die neue Firma eingebracht werden.

Im Zusammenhang mit der technischen Konzentration treten auch Veränderungen in den Besitzverhältnissen bei NSU ein. Bekanntlich bestehen zwei Gesellschaften: die NSU, Vereinigte Fahrzeugwerke AG., Kassel, welche Motorräder fabriziert, und die NSU-Automobil AG., Heilbronn. Bei beiden Gesellschaften waren die Dresdener Bank und der italienische Fiat-Konzern Großaktionäre. Im Zusammenhang mit der neuen Transaktion ist eine Teilung der Interessen der beiden Großaktionäre herbeigeführt worden. Durch Übergang der Fiat-Anteile an die Dresdener Bank ist der Auslandsanteil bei der NSU-Automobil AG. fast vollständig ausgeschaltet worden, während die Heilbronner Gesellschaft in eine stärkere Beeinflussung durch Fiat gekommen ist. Durch die stärkere Beeinflussung der Dresdener Bank war es möglich, den Zusammenschluß zwischen den beiden Motorradgesellschaften zu fördern, was ohne Zweifel auch auf das Betreiben des Reiches zurückzuführen ist, das ja bekanntlich bei der Dresdener Bank ziemlich einflussreich ist und auch maßgebenden Einfluss auf die deutschen Industriewerke besitzt, deren Aktien vollkommen in Händen der reichseigenen Vereinigten Industrieunternehmen AG. sind.

Veranlassung für den neuen Zusammenschluß war vor allem die Tatsache, daß es sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt hat, daß die Anzahl der Motorradfabriken in Deutschland und ihre große Kapazität in keinem Verhältnis zu den Absatzmöglichkeiten stehen. Dadurch mußten zahlreiche Fabriken unrentabel wirtschaften. Zweifellos bedeutet der nunmehr erfolgte Zusammenschluß einen vernünftigen Weg zur Gesundung und gibt der neuen Gesellschaft die Möglichkeit, bei härterer Senkung der Unkosten Produktion und Absatz in ein günstigeres Verhältnis als bisher zu bringen.

* **Sparkassenfusion in Marburg.** Die beiden vorwiegend dem Wirtschaftsleben im Landkreis Marburg dienenden öffentlichen Sparkassen haben in der gemeinsamen Überzeugung, daß sie ihre Aufgaben am besten durch Zusammenfassung und geschlossenen Einsatz ihrer Kräfte erfüllen können, beschlossen, sich mit Rückwirkung vom 1. Juli d. J. ab zu vereinen. Laut Vertrag geht der Stadtsparkasse Marburg mit allen Aktien und Passiven auf die Kreisparlasse über, wobei sich der Kreis verpflichtet, in der Stadt Marburg eine Zweigstelle der Kreisparlasse zu gründen und dauernd zu erhalten. Von etwaigen Überschüssen der nunmehr vergrößerten Kreisparlasse Marburg fließen zukünftig vier Fünftel dem Landkreis Marburg und ein Fünftel der Stadt Marburg zu. Die Kreisparlasse wird mit der Aufnahme der in sich gut fundierten Stadtsparkasse Marburg in ihrem Gesamtvermögen von 5 012 000 M. um 1 030 000 M. auf 6 042 000 M. steigen.

* **Genießer u. Sohn AG., Kassel.** Die Aktienmehrheit der Eisenbahnbau AG. ist von der Genießer u. Sohn AG., Kassel, übernommen worden. Minoritätsbesitzer bleibt Otto Wolf. Aktienkapital 2,5 Mill. M.